

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“.

Die schneefarbene Kondorellenselle über deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Unterleintener. Kleine Anzeigen: Das festgebundene Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Unterleintener.

Fernsprecher Zentrum 152 80—152 98

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Wendung im Moskauer Prozeß

Die Verteidiger auf der Rückreise

Die von den sozialistischen Parteien außerhalb Russlands nach Moskau entsandten Verteidiger befinden sich tatsächlich auf der Rückreise. Wir erhielten gestern abend folgende Erklärung:

An das oberste Revolutionstribunal.

Im Anschluß an die uns gegenüber abgegebene Erklärung der Angeklagten, daß sie auf unser weiteres Erscheinen vor dem Obersten Revolutionstribunal verzichten, konstatieren wir, daß während der Verhandlungen des Tribunals die Bestimmungen des Berliner Übereinkommens der drei Internationalen mehrfach nicht beachtet worden sind:

1. Das Gericht hat die Zulassung von vier weiteren Verteidigern abgelehnt und nicht gestattet, ein Stenogramm entsprechend dem Berliner Übereinkommen aufzunehmen.
 2. Das Gericht hat erklärt, unter gewissen Umständen die Frage stellen zu wollen, ob die ausländischen Verteidiger und Ankläger weiter zugelassen sein sollen.
 3. Die Ankläger Krenels und Lunatschorski haben ausgesprochen, daß das Berliner Übereinkommen für das Gericht nicht bindend sei.
 4. Der Vertreter der Delegation der Dritten Internationale auf der Berliner Konferenz, Scharin, hat erklärt, daß das Berliner Übereinkommen zerrissen sei.
- Wir lassen uns allein von den Interessen der Verteidigung leiten und stehen daher trotz dieser Tatsachen weiter, falls die Angeklagten dies wünschen, zu ihrer Verfügung.
- Emile Vandervelde. Th. Liebknecht.
Kurt Rosenfeld.

Darauf haben die Angeklagten erklärt, daß sie die ausländischen Anwälte von der weiteren Verteidigung entbinden. Diese Erklärung beweist, daß wir allen Anlaß hatten, der Meldung der „Roten Fahne“ zu misstrauen. Die Verteidiger haben die Verteidigung nicht niedergelegt, sondern ausdrücklich erklärt, daß sie, trotz der schmählichen Verletzung des Berliner Übereinkommens und trotz der Schikane gegen die Verteidiger und trotz der den Prozeßgang auf das gräßlich beeinflussenden Gehe gegen Angeklagte und Verteidiger, weiter zur Verfügung der Angeklagten stehen. Die Rückreise ist angetreten, weil die vor das Gericht gestellten und von Liebknecht, Rosenfeld und Vandervelde verteidigten Angeklagten sie von der weiteren Verteidigung entbanden. Die Genossen Rosenfeld und Liebknecht werden höchstwahrscheinlich Ende dieser Woche in Berlin eintreffen.

Der Kurswechsel bei der „Intel“

Durch die auf der Frankfurter Konferenz der A. N. S. P. angenommene Resolution ist der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß die Nachrichtenagentur „Intel“ in kommunistische Hände übergegangen ist. Wie wir dann noch mitteilen können, ist die „Intel“ seit Mitte Mai den Redaktionen nicht mehr zugestellt worden. Wenige Tage vor dem Beginn des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre nahm die „Intel“ plötzlich ihren Dienst wieder auf, wie wir vermuten, nicht nur mit geänderter Tendenz, sondern auch auf einer neuen finanziellen Basis. Wir haben festgestellt, daß auch die bisherige Redaktion ihre Tätigkeit nicht wieder aufgenommen hat.

Die II. Internationale gegen Moskau

(B.Z.) London, 19. Juni.

Die Konferenz der Zweiten Internationale nahm heute vor Beendigung ihrer Verhandlungen folgende Entschlüsse an:

1. Angesichts des Mangels an Treue und Glauben seitens der Dritten Internationale, die die internationale Gewerkschaftsbewegung zerriß, die sozialistische Internationale angriff, die auf der Berliner Konferenz bezüglich der politischen Prozesse in Moskau gegebenen Zusagen brach, und das bedingungslose Versprechen, die Dokumente über Georgien einem Delegierten-Ausschuß vorzulegen, zurückzuziehen, kann die Konferenz nicht länger an den Bemühungen teilnehmen, mit der Dritten Internationale zu einem internationalen Abkommen zu gelangen.
2. Eine allgemeine Konferenz der sozialistischen und Arbeiterparteien tritt im Oktober in Hamburg zusammen, um die Wiederherstellung internationaler Gesichtspunkte zu erwägen, welche in der Angelegenheit des europäischen politi-

schen und ökonomischen Aufbaues die sozialistischen Arbeiterparteien zu einigen geeignet sind.

3. Die Konferenz verpflichtet sich, zur Unterstützung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bei ihrer Verteidigung der Arbeit gegen den Kapitalismus.

Inlet nahm die Konferenz noch eine von Wibaut (Holland) eingebrachte und von Otto Weiss (Deutschland) unterstützte Entschlüsse an, die die Notwendigkeit betonte, die Organisation des Völkerbundes zu stärken, um die Abklärung zu erleichtern und die internationale Verteilung der Rohstoffe und der zum Leben notwendigen Waren zu organisieren.

Poincarés Besprechung mit Lloyd George

(B.Z.) London, 19. Juni

Nach dem Frühstück, das Lloyd George zu Ehren Poincarés heute mittag gab, zogen sich alle Anwesenden gegen 3 Uhr zurück, mit Ausnahme Poincarés, des französischen Reichspräsidenten St. Austaire, Lord Balfour und Sir Robert Hornes. Diese vier Persönlichkeiten betraten gemeinsam das Arbeitskabinett Lloyd Georges, wo sie bis 5.45 Uhr verblieben.

(Neuer.) London, 19. Juni

Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Reparationskommission eine Unterlesung über die Mittel veranlassen werde, um die deutschen Reparationen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré wird wahrscheinlich Ende Juli nach England zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Abwesenheit sind Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht in Aussicht genommen.

Die Vorbereitungen im Haag

Haag, 19. Juni. (Amtlicher Bericht.)

In der heutigen Nachmittagsitzung der vorbereitenden Versammlung der Haager Konferenz, teilte der Vorsitzende die Zusammenfassung der ersten Kommission (nicht-russisch) und die der drei Unterkommissionen mit. Die erste Kommission wird zusammengesetzt sein aus den Vertretern folgender Staaten: Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Ungarn, Italien, Japan, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Holland, Polen, Portugal, Rumänien, Südslawien, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Der Unterkommission für das Privatvermögen werden angehören: Belgien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Norwegen, Holland, Rumänien, Schweden und die Schweiz. Der Unterkommission für die Schulden: Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Litauen, Holland, Südslawien und die Schweiz, und der Unterkommission für Kredite: Belgien, Bulgarien, Estland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Spanien, Japan, Lettland, Polen und die Tschechoslowakei. Da die Zahl von elf Mitgliedern sonst überschritten würde, beabsichtigt Holland sich an den Beratungen der letzten Kommission nur dann zu beteiligen, wenn seine eigenen Interessen auf dem Spiele stehen.

(B.Z.) Haag, 19. Juni

In der heutigen Nachmittagsitzung der vorbereitenden Kommission erklärte der französische Delegierte Benoist namens der französischen Regierung, Frankreich werde sich bei der am 26. Juni beginnenden Tagung vertreten lassen. Seine Regierung wünsche aber, daran zu erinnern, daß es sich nur um eine Zusammenkunft von Sachverständigen ad referendum handele und daß jede politische Frage von den Beratungen ausgeschlossen sei. Ferner, daß seine Regierung sich die Freiheit vorbehalte, ihre Sachverständigen jederzeit zurückzuziehen, namentlich, wenn das Komitee der Sowjets dazu Veranlassung gebe. Der belgische Delegierte Catter war mit dieser Erklärung einverstanden.

Metallarbeiterstreik in Italien beschlossen

(B.Z.) Mailand, 19. Juni.

Der Metallarbeiterkongress hat mit 47000 gegen 37000 den Streik der Metallarbeiter in ganz Italien beschlossen. Die Absicht der Kommunisten, den Generalstreik auf alle Arbeiterkategorien auszudehnen, drang jedoch nicht durch, da die Mehrheit der Arbeiter sich gegen einen Solidaritätsstreik mit den Metallarbeitern der Lombardei aussprach.

Die Faschisten mobilisieren

(B.Z.) Mailand, 19. Juni.

Infolge einiger blutiger Attentate und Zusammenstöße in Triest zwischen Faschisten und Kommunisten haben die Faschisten in Triest einen Aktionsausschuß gebildet und ihre Mannschaft mobilisiert. Die Behörden treffen strenge Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Etwa 40 Personen wurden verhaftet.

Der Kampf um den städtischen Besitz

Die mit der steigenden Geldentwertung verbundene Veränderung aller ökonomischen Beziehungen hat die — Gemeinden bei der Verwaltung ihres öffentlichen Besitzes in die gleichen Schwierigkeiten gebracht, in denen auch Reich und Länder stecken. Während die Privatindustrie dank ihrer beweglicheren Organisation, ihrer viel größeren Kapitalmacht und besseren Beziehungen zum Geldmarkt in der Lage war, ihr Kapital ständig zu vergrößern und sich den neuen Verhältnissen anzupassen, steht der öffentliche Besitz vor den allergrößten Schwierigkeiten. Trotz der großen Bedeutung, die der Besitz der öffentlichen Hand spielt, ist er gegenüber der überwindenden Macht der großen Industrie- und Kapitalkongerne noch wirtschaftlich in stärkstem Maße vom Privatkapital abhängig. In den Defiziten der öffentlichen Wirtschaften kommen nicht zum wenigsten die Mißgewinne der großen Trusts zum Ausdruck, deren Preispolitik auf dem Markte beherrschend ist. In Zeiten stabilerer Verhältnisse wäre es natürlich viel leichter, diesem Druck Widerstand zu leisten. Die sprunghafte Entwicklung der Preise verstärkt die wirtschaftliche Abhängigkeit öffentlicher Betriebe vom privaten Kapital.

Dabei ist die Erhaltung dieser Betriebe in der Hand der Öffentlichkeit ein so ungeheures Interesse insbesondere für die Arbeiterchaft, daß alle Mittel angewandt werden müssen, um zu verhindern, daß dieser Besitz dem Privatkapital in die Hände gelieft wird. Allein bei der Stadt Berlin handelt es sich um Milliardenwerte, für die in Friedenszeiten Hunderte von Millionen Goldmark investiert wurden. Mit ihrem planmäßigen Ausbau und ihrer Erhaltung im Besitz der Stadt sind nicht nur wesentliche Interessen der dort tätigen Arbeiterchaft, sondern auch ebenso starke Interessen der breitesten Öffentlichkeit verknüpft. Die großen städtischen Unternehmungen, wie die Straßenbahn, die weit über 50 Prozent Berliner Verkehr zu bedienen hat, oder wie die städtischen Güter, deren Bedeutung für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung bei einer wirklich rationalen Bewirtschaftung in der Zukunft gar nicht abzusehen ist, sind Nachvollziehungen in der Hand der Kommunen, die nicht nur gehalten, sondern auch ausgebaut werden müssen. Jede kommunale Politik der Arbeiterchaft in den großen Gemeinden, die ernst genommen werden will, wird diesen Gesichtspunkt zum Leitmotiv ihrer Politik machen müssen. Wie erhalten und sichern wir der Öffentlichkeit den bestehenden Besitz? Wie gestalten wir ihn so aus, daß er in jeder Beziehung den modernsten Anforderungen gerecht wird, daß er nicht nur technisch erstklassig arbeitet, sondern auch in sozialer Beziehung die Arbeiterchaft im höchsten Maße zur Mitarbeit heranzieht? Solange die Verhältnisse international so undurchsichtig sind, wie augenblicklich, ist der Erweiterung städtischer Betriebe freilich ein Hindernis entgegenzustellen, das zu überwinden einzelne Gemeinden nur in unbedeutendem Ausmaß in der Lage sind. Für die Erhaltung aber dessen, was besteht, wird jedes Opfer gebracht werden müssen, das überhaupt gebracht werden kann.

Die immer erneut und verschärft eintreffenden Angriffe des Privatkapitals ziehen ihre Hauptnahrung aus Unzulänglichkeiten, die mit der Organisation städtischer öffentlicher Betriebe zurzeit verbunden sind, ohne daß sie als unvermeidlich bezeichnet werden müssen. Die meisten Kommunalisierungen erfolgten in der Periode, in der der Kommunalfreistrom in den großen Städten dominierte. Sie vollzogen sich in Formen, die sich heute nicht immer als bewegungs- und anpassungsfähig genug erwiesen haben. Mit aller Deutlichkeit muß deswegen ausgesprochen werden, daß Kommunalisierung für und nicht gleichbedeutend ist mit schwerfälliger Bearbeitung wirtschaftlicher Dinge durch Beamte, die an die Behandlung wirtschaftlicher Fragen ihre bürokratischen Gesichtspunkte heranbringen. Es ist z. B. in Berlin sicherlich nicht die Schuld des sozialistischen Magistrats, daß so außerordentlich wichtige Betriebe, wie die großen, mit einem Kostenaufwand von Hunderten von Millionen Goldmark erbauten städtischen Hafenanlagen nicht nach kaufmännischen Gesichtspunkten verwaltet wurden, daß dort auf hochwertige technische Anlagen von einer mittleren Lebensdauer von nur zwanzig Jahren bis heute fast gar keine Abschreibungen vorgenommen worden sind. Es ist wohl auch kaum die Schuld des sozialistischen Magistrats, daß bei der Verwaltung der städtischen Güter bisher ein rein bürokratischer Betrieb geherrscht hat. Höchstens kann man sagen, daß dieser Magistrat viel eher die Pflicht gehabt hätte, von vornherein zu unter-

suchen, wie weit überlebte Verwaltungsformen bei solchen Unternehmungen angewandt werden können. Und man kann füglich bezweifeln, ob in diesen Dingen genügend Initiative entfaltet worden ist. Wenn von Anfang an z. B. bei den Gütern mit dem bürokratischen Schandrian aufgeräumt worden wäre, dann würde die Stadt Berlin heute wohl kaum in der blamablen Situation sein, daß in einer Zeit rückwärtslosiger Hochkonjunktur für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Etat ihrer Güter mit einem Ertrag von noch nicht einer Million abschließt. Wenn aber bürgerliche Parteien jetzt voller Entrüstung auf diese Dinge hinweisen, so kann ihnen nur mit Ruhe entgegengehalten werden, daß es die Folgen ihrer Wirtschaft sind, unter denen wir leiden, und daß ihre Männer, die an der Spitze dieser Dezerate stehen, bisher nicht das geringste zur Änderung dieser Zustände getan haben.

Bei den bestehenden Machtverhältnissen ist es ja zurzeit kaum möglich, mit der Einrichtung unfähiger Beamten zu brechen. Bei wirtschaftlichen Unternehmungen haben aber unfähige Beamte überhaupt nichts zu suchen. Ihre Leitung gehört in die Hand von Kaufmännern und Technikern. Und gerade die sozialistischen Parteien, die für den Sozialismus eintreten, weißt sie in ihm die Möglichkeit einer gesteigerten Produktion verfechten, müssen in erster Linie mit dazu beitragen, für die unbedingt nötige öffentliche Kontrolle dieser Unternehmungen Formen zu finden, die wirksam sind, ohne durch Schwerfälligkeit dem Ausbau dieser Unternehmungen selbst zu schaden. Der Wert der Kontrolle, die die Öffentlichkeit leisten kann, wird ja bei solchen Unternehmungen viel weniger durch die Form der Kontrolle, als durch die Qualität bestimmt. Die Arbeiterparteien müssen, sei es aus ihren Reihen, sei es mit ihnen sympathisierende Fachmänner heranziehen, die in der Lage sind, den Geschäftsgang dieser Millionenunternehmungen so zu kontrollieren, wie es das Interesse der Allgemeinheit unbedingt erfordert.

Es müßte wirklich verwundern sein, wenn bei gutem Willen und intensiver Arbeit es unmöglich sein sollte, die städtischen Unternehmungen nicht nur zu halten, sondern auch noch weiter auszubauen. Der beabsichtigte Verzicht auf z. B. der städtischen Güter, die in Wirklichkeit eine Verschleuderung bedeuten würde, oder der Umwandlung der Straßenbahn in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb wird die Arbeiterpartei mit allen Mitteln Widerstand leisten müssen. Das Bürgertum, das gewisse Folgen seiner eigenen Politik jetzt auf das Konto eines angeblichen Verlags des sozialistischen Magistrats schieben will, verfolgt dabei ja ganz rücksichtslos seine offen ausgesprochenen Klasseninteressen. Nicht das Wohl und Wehe der städtischen Finanzen, nicht die Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, die durch das Privatkapital angeblich billiger bedient werden kann, sind für die bürgerlichen Parteien maßgebend. Die Entkommunalisierung soll den Sozialismus in den Augen indifferenten Massen moralisch treffen, indem (ähnlich wie in Rußland) seine angeblich wirtschaftliche Unmöglichkeit vordemonstriert werden soll. Die Demokratie soll ihrer stärksten Stütze beraubt werden, die sie auf die Dauer in der Erhaltung und im Ausbau wirtschaftlicher Machtpositionen im öffentlichen Besitz inne hat. Denn es ist klar: hat man einmal der Stadt den einen oder anderen bunten Rock ausgezogen, wie ein Vertreter der Deutschen Volkspartei bei der Staatsberatung sich liebevoll und bilderreich ausdrückte, dann wird es viel größerer Kämpfe bedürfen, um neue Wirtschaftszweige in den Besitz der Stadt zu überführen.

Zum Teil wird von diesen allgemein politischen Erwägungen auch die Tarifpolitik der Arbeiterparteien beeinflusst werden müssen. Es ist natürlich die reinste Demagogie, wenn die Deutschnationalen gegen an sich notwendige und unvermeidliche Tarifierhöhungen stimmen und erklären, daß sie „im Interesse der Bevölkerung“ einer wirtschaftlich unrationell arbeitenden städtischen Verwaltung keine höheren Tarife bewilligen können. Ihr ganzes Interesse ist auf den Zusammenbruch der städtischen Betriebe gerichtet. Hat man sie erst zur Kapitulation vor dem Privatkapital gezwungen, dann werden wir von der Besorgnis um die Interessen der Bevölkerung nichts mehr zu spüren bekommen. Eine weit anschaulichere Arbeiterpolitik wird deswegen nie verfechten dürfen, daß die Aufrechterhaltung der Rentabilität und damit die Erhaltung der Vertriebe in der Hand der Stadt allen anderen Erwägungen zum Trotz das wohlverstandene Dauerinteresse der sozialistischen Arbeiterschaft und damit der gesamten Bevölkerung ist.

Deutschnationale Demagogie

Die Deutschnationalen, die im Reichstag, in Presse und Versammlungen landwirtschaftlicher Interessenten nicht scham genug für volle Bauerfreiheit der Agrarier eintreten können, fürchten offenbar, daß ihnen dadurch doch einige Helle, die ihnen durch ihre nationalistische, alle wirtschaftlichen und politischen Äkte dem republikanischen Regime aufbürdende Hege zugetrieben wurden, wieder davonschwimmen können. Sie versuchen daher auf neue, der Bevölkerung auch von der anderen Seite Sand in die Augen zu streuen. Sie haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der sie zwar eingangs zugeben:

Die Entwicklung der Kosten der Lebenshaltung führt, besonders für alle die Kreise des deutschen Volkes, die infolge Alters, Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit nicht in der Lage sind, sich den Lebensunterhalt durch gewinnbringende Tätigkeit zu erwerben, zu unerträglichen Verhältnissen, und hat jetzt schon Klein- und Sozialrentner Kriegsschadigte, Witwen und Waisen in namenloses Elend gestürzt.

Die Umlage könne nicht zum Erfolg führen. Soll damit etwa der Drogen mit Hungerterror und Gesetzesabotage erneuter Nachdruck gegeben werden? Die Landwirtschaft muß von den Fesseln der Zwangswirtschaft befreit werden. Zugleich jedoch fragt die Interpellation, was die Regierung zu tun gedenke, um die Lebenshaltung der minderbemittelten Kreise planmäßig zu sichern und um etwaigen Verschärfungen der Verschlebung von Getreide ins Ausland mit den schärfsten Mitteln zu begegnen.

Den Brotwucher vornehmlich auf die Verschiebung von Getreide ins Ausland zurückzuführen, ist ein allzu plumper Trick. Die Agrarier verkaufen kein „freies Getreide“ unter

Weltmarktpreis. Wohl ist es richtig, daß künstliche Entlastung des deutschen Getreidemarktes zu einer Verteuerung über den Weltmarktpreis hinaus führen kann. Diese Tendenz wird noch gesteigert durch die infolge der Verdrängung der deutschen Getreide so ungemein erschwerte Einfuhrmöglichkeit. Hierdurch wird die Wucherpraktik sicherlich nicht unessenflich gestärkt. Die ganze Ernährungspolitik der Deutschnationalen ist jedoch weiter nichts als Wucherpraktik. Darüber werden sie durch ihre Interpellation auch nicht hinwegzutäuschen vermögen.

Immer feste druff!

Wir lesen am Schluß einer politischen Wochenschau von Otto von Schilling in der „Deutschen Zeitung“:

Das „Treiben“ wird aber viel einbringlicher werden, wenn die Regierung auch weiterhin den friedlichen Bürgern keinen genügenden Schutz gewähren sollte. Das Deutsche Reich hat durchaus nicht die Aufgabe, nur jüdischen Proletariatsführern, Konjunkturwagnern und Ausländern ein dauerndes Wohlleben zu gewähren, sondern soll vor allen Dingen uns Deutschen eine Heimat sein. Können wir das nicht im Guten erreichen, dann werden wir allerdings schließlich einmal genötigt sein, ebenso wie die braven Joffener gegen allzu unverschämte Fremde vorzugehen: feste druff!

Das ist offene Aufforderung zum Bürgerkrieg! Herr Ebert aber sagt gelassen: Solange nur gepiffen wird... Und der „Vorwärts“ schubiert: Vor Barolen brauchen wir keine Angst haben...

Neue Eisenbahn-Tarifierhöhungen

Wie verlautet stehen neue Tarifierhöhungen auf der Reichseisenbahnen bevor. Während von einer Erhöhung der Personentarife mit Rücksicht auf den augenblicklichen starken Erholungsverkehr Abstand genommen werden soll, werden die Güter-, Tier- und Exprestarife zum 1. Juli um 25 Prozent erhöht.

Der relative Kohlenverbrauch der Reichsbahn, der im Jahre 1919 rund 22 Tonnen auf 1000 Lokomotivkilometer betrug, ist im abgelaufenen Jahr (1921) auf 17,91 Tonnen, also um über 18 Prozent gesunken. Der Verbrauch war 1921 auch um rund 1,5 Tonnen pro 1000 Lokomotivkilometer geringer als für das Jahr 1921 veranschlagt worden. Die wirtschaftlichere Verwendung des Personals ist durch eine neue Arbeitsregelung sichergestellt, die auf Grund einer Vereinbarung mit dem Personal zustande gekommen ist.

Die Sachleistungsabkommen im auswärtigen Ausland aufgegeben

Der Vorzug des Bemetmans, wie des Gillet-Abkommens gegenüber dem Wiesbadener Abkommen beruht nach den Ausführungen des Staatssekretärs Müller darin, daß die Verpflichtung eines mühevollen Aufbaues einer deutschen Lieferungsorganisation durch den freien Verkehr ersetzt ist. Natürlich gab es die üblichen Debatten. Die Deutschnationalen, Hauptling Delferich an der Spitze, zogen noch einmal alle Register ihrer rabulistischen Rhetorik. Es nützt ihnen aber nichts. Mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Volkspartei stimmten alle Fraktionen für die Abkommen.

Die Richtlinien für den Hungerterror

Als wir am 8. Juli die Richtlinien für Hungerterror und Sabotage des Umlagegesetzes veröffentlichten, stellte sich vor allem die großagrarische Presse so, als handele es sich um eine Finte. Inzwischen sind aber die Richtlinien ihren Weg in die verschiedenen Ortsgruppen der landwirtschaftlichen Organisationen gegangen. Dort wurden sie verschiedentlich Änderungen unterworfen. Jedoch nicht etwa im Sinne einer Abschwächung. Ein Beispiel, wie diese Richtlinien weiter „gerichtet“ wurden, gibt uns die Formulierung, die sie durch den Landbund Soldin erfahren haben.

Im Absatz 6 der von uns veröffentlichten Richtlinien ist davon die Rede, „der Tätigkeit von Druschkommandos durch vorherige Entfernung wichtiger Bestandteile aus den Druschsägen entgegenzuwirken.“ Der Landbund redet noch deutlicher. Er sagt daher, daß die Druschsägen durch Entfernung der Treibriemen und Schraubenteile unbrauchbar gemacht werden sollen. Die Behauptung 7 der Richtlinien, die verlangt, durch einmütiges Zusammenstellen aller organisierten Betriebsinhaber „das Vergehen der im Gesetz vorgesehener Maßnahmen herbeizuführen“ und Straftrafen nicht zu leisten, wird dahin definiert, daß allen staatlichen Maßnahmen in erster Linie passiver Widerstand entgegenzusetzen ist. Die Verpflichtung zur Anwendung von „Druckmitteln“ gegenüber denen, die sich dem Diktum des Landbundes nicht unterwerfen, wird natürlich auch in den für den Soldiner Landbund redigierten Richtlinien aufrechterhalten. Ebenso die solidarische Haltung der Landbundmitglieder für die Schäden, die den einzelnen Landwirten aus der Sabotage entstehen können. Hinzugefügt wird hier aber, daß diese „Ankosten gemäß den Grundgesetzen für die Beitragserhebung des Landbundes“ aufzubringen sind. Der letzte der zwölf Thesen der Soldiner Richtlinien ist angefaßt:

„Sollten z. B. bei einem Landwirt Pferde, Rüge usw. beschlagnahmt werden, die der Gerichtsvollzieher verkaufen soll, dann treten die Landbundmitglieder geschlossen gegen die Abgabe jeden Gebots bei den gerichtlichen Verkaufsterminen auf, es wird jeder Zugang zu diesen Terminen unterbunden. Mitteilungen rechtzeitig an uns.“

Hier also erklären die Soldiner Landbändler rund und nett, Knüppelgarden zur Verhinderung von Gebotsabgaben und von Zugang zu den Terminen zu bilden. Damit aber alle Zweifel über die Durchführbarkeit der Richtlinien zum Schmelzen gebracht werden, hat man in Soldin diese Richtlinien noch um folgende Ansetzung vermehrt:

„Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Macht in den Händen der Landwirte und nicht in den Händen der Regierung befindet. Es ist so danach zu handeln.“

Es war von vornherein klar ersichtlich, daß die von uns veröffentlichten Richtlinien nur der Vorritt für die einzelnen Organisationen war, deren Ergänzung und nähere Formulierung den letzteren überlassen blieb. Der Soldiner Landbund hat sie sich fast wörtlich zu eigen gemacht, und nur dort, wo er glaubte, „etwas deutlicher“ werden zu müssen, einige Änderungen vorgenommen. „Es kann gar keinem Zweifel unterliegen“, daß die Landwirte „danach handeln“ und versuchen werden, der Regierung zu beweisen, daß „die Macht sich in den Händen der Landwirte und nicht in den Händen

der Regierung befindet.“ Reichstag und Regierung sind gewarnt. Verhalten sie sich gegenüber dieser offenen Kampfanfrage gegen jede geordnete Ernährungspolitik passiv, beschwören sie selbst neue chaotische Zustände herauf, die schier unübersehbar sind. Und jene Kreise, die da glauben, durch solche Kolbenschläge auf den hungernden Magen politische Geschäfte machen zu können, hat die Arbeiterschaft zu zeigen, daß sie nicht länger mit sich Schindluder treiben läßt.

Gute Zeiten für Mörder und ihre Helfershelfer

Ein Nachspiel zu der Ermordung der 29 Matrosen in der Französischen Straße und dem späteren Marloh-Prozess bildete eine Verhandlung vor dem Kammergericht gegen die Leutnants Hoffmann und Wehmeyer. Beiden war zur Last gelegt worden, die Vorschriften des Militär-Strafgesetzbuches verletzt zu haben, indem sie dem Oberleutnant Marloh Beihilfe bei der Entfernung von der Fahne geleistet hätten. Wie aus dem Prozeß gegen Marloh und den berichtigten Hauptmann von Kessel hinreichend bekannt ist, hatte Hoffmann und Wehmeyer dem Oberleutnant Marloh auf Veranlassung ihres Vorgesetzten, des Hauptmanns von Kessel, 5000 Mark und geistliche Ausweispapiere gegeben, damit er aus Berlin verschwinde und der ihm drohenden Verhaftung entgehe. Als daraufhin Hoffmann und Wehmeyer unter Anklage gestellt wurden, behaupteten sie, auf Dienstbefehl ihres Vorgesetzten gehandelt zu haben, der die Flucht Marlohs als „im vaterländischen Interesse“ liegend bezeichnet hatte. Bekanntlich hat Kessel bei seinem Prozeß behauptet, daß auch Oberst Reinhardt, der Reichswehrminister Roske und andere den gleichen Standpunkt vertreten hätten. Und da Kessel seinerzeit wegen der gleichen Sache von den Geschworenen freigesprochen worden ist, machte namentlich Wehmeyer geltend, daß auch er nicht verurteilt werden könne. Nichtsdestoweniger erkannte das Landgericht gegen jeden Angeklagten auf sechs Wochen Festungshaft mit der Begründung, sie hätten gewußt, daß sie sich eines Vergehens schuldig machten, und in diesem Falle hätten sie dem Befehl ihres Vorgesetzten nicht nachkommen dürfen. Wegen des Urteils legten Wehmeyer und Hoffmann Revision ein bei dem Kammergericht ein. Der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft beantragte die Zurückweisung der Revision, aber das Kammergericht hob trotzdem die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung an ein anderes Landgericht. In der Begründung machte das Kammergericht geltend, die beiden Angeklagten hätten sich zwischen zwei Feuern befunden. Einerseits sei ihnen wohl bekannt gewesen, daß gegen Marloh ein Haftbefehl vorliege, aber andererseits habe ihnen ihr Vorgesetzter, Hauptmann von Kessel, befohlen, Marloh in „vaterländischem Interesse“ verschwinden zu lassen. Infolgedessen müsse geprüft werden, ob sich die Angeklagten für befugt hätten erachten können, Marloh in Hinsicht auf das „vaterländische Interesse“ zur Flucht zu verhelfen.

Das „vaterländische Interesse“, das das Kammergericht in den Vordergrund rückt, ist eine Provokation. Immer dient es unseren Gerichten als Vorwand, wenn irgendein nationalisistischer Mörder oder ein Helfershelfer nationalisistischer Morde auf der Anklagebank sitzt. Aus „vaterländischem Interesse“ kam das Schwurgericht zu Berlin zu dem skandalösen Freispruch des Hauptmanns von Kessel. Und aus dem gleichen „vaterländischen Interesse“ gab das Kammergericht der Revision Hoffmanns und Wehmerers statt. Es ist eben immer noch so, wie die „Freiheit“ im Jahre 1918 schrieb: Für Mörder sind in Deutschland gute Zeiten, insofern die Mordbuben Offiziere sind.

Die Erfassung der Sachwerte

Die Sozialdemokratische und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sowie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Fabrikanten haben vor längerer Zeit eine achtlehrige Kommission eingesetzt, der u. a. Hilferding, Wissel, Aufhäuser angehören und der die Aufgabe gestellt war, die Frage der Erfassung der Sachwerte ausführlich zu diskutieren. Diese Kommission hat nun, wie die „Dena“ hört, einen Gesetzentwurf zur Erfassung der Sachwerte fertiggestellt. Dieser Gesetzentwurf wird wahrscheinlich auf der Tagung des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Leipzig in seinen Grundlagen bekanntgegeben werden, und zwar als Antwort auf die Angriffe der Opposition, daß der Bundesverband sich nicht genügend für die Erfüllung der zehn Forderungen der Gewerkschaften eingesetzt habe. Der Gesetzentwurf kann übrigens von der Kommission als solcher nicht angenommen werden, er muß den Einzelverbänden und den Parteien erst zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Wir finden es sehr merkwürdig, während in den Zeitungen der an den Beratungen beteiligten Parteien stillschweigend über den Gang der Verhandlungen aufgelegt werden, die Einzelheiten an die „Dena“ veröffentlicht worden sind. Zu der Sache selbst wollen wir mitteilen, daß der Entwurf über die Erfassung der Sachwerte der Auffassung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei entspricht und daß die Unabhängige Reichstagsfraktion ihn als Initiativantrag im Reichstag einzubringen gedenkt, falls die Rechtssozialisten die Angelegenheit länger zu verschleppen trachten.

Freunde der Deutschnationalen

Die deutschnationalen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben über das Verhalten der Kommunisten in Sachsen: Die sächsische Regierung von kommunistischen Gnaden hat Pech. Sie wird von ihren bisherigen Schicksalshaltern, den Kommunisten, immer in entscheidenden Momenten im Stich gelassen. Bereits vor einigen Wochen wurde ihr der Justizetat mit den bürgerlichen und kommunistischen Stimmen gegen die Regierungsparteien abgelehnt. Am Donnerstag hat sich das selbe Schauspiel beim Vollzettel wiederholt. Die Freude über das kommunistische Schauspiel in Sachsen blüht aus jeder Zeile dieses alldeutschen Scharfmacherblattes.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Montag, den 19. Juni.

Präsidentliche Eröffnung der Sitzung 8 Uhr 15 Minuten.

Ein von allen Parteien des Hauses eingebrachter Gesetzentwurf über die Sicherung beweglicher Sachen zu Schiffe wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Die Getreidemlage.

Abg. Krähig (SPD): Wird die Vorlage abgelehnt, dann wird unser Volk in die größte Katastrophe gestürzt. Hunderttausende müssen an Hunger sterben. Ehe es aber ans Verhandeln geht, kommt der Hunger, und der Bürgerkrieg bedeutet in diesem Zeitpunkt den völligen Zusammenbruch.

Abg. Kroschke (Dn.): Die deutsche Landwirtschaft wird in erster Linie von der Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes getrieben. (Beifall links.) Durch die Getreidemlage erhalten wir verteuertes Brot. Wenn Sie das Brot freigegeben, wird der Preis nicht steigen. Der mittellosen Bevölkerung muß dann eben Geld zum Brotkauf vom Reich zur Verfügung gestellt werden. (Zuruf Crispian: Also Plünderung öffentlicher Kassen zugunsten der Agrarier!) Die uns vorgeworfene Sabotage haben wir nur von der Linken gelernt. Wir werden die Umlage ablehnen.

Abg. Horn (NSD): Die Unabhängige Sozialdemokratie sieht in der Zwangsverpflichtung keineswegs ein sozialistisches Ideal. Wir wissen, daß eine gerechte Verteilung der vorhandenen Produkte nur möglich ist, wenn die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum geworden sind. Die Zwangsverpflichtung ist ein Produkt der Kriegswirtschaft, das die bürgerlichen Parteien für ihre Durchhaltepolitik notwendig hatten. Später hat man sie dann als sozialistische Einrichtung hingestellt, um den Sozialismus zu kompromittieren. Für uns ist sie nur eine Zweckmäßigkeit, eine notwendige Umlage. Solange die Nachfrage nach den wichtigsten Lebensmitteln weit größer ist als das Angebot, müssen Maßnahmen getroffen werden, damit die arbeitende Bevölkerung nicht vollständig dem Dürre preisgegeben ist. Im vorigen Erntefahr wurde durch die Umlage nicht jene Menge Getreide erzielt, die Deutschland zur Sicherstellung seiner Ernährung nötig hatte. Es muß in diesem Jahr das Quantum Getreide durch die Umlage erhöht werden, das das deutsche Volk vor der Aus Hungertod bewahrt. Wir werden im Anschluß entsprechende Änderungen beantragen. Nach der Vorlage soll der Brotpreis ungefähr verdoppelt werden. Das bedeutet für viele den Hungertod. Das Agrarierium behauptet, daß die ganze Landwirtschaft geschlossen hinter ihm stehe und eine neue Umlage ablehne. Von allen landwirtschaftlichen Betrieben sind ja vier Fünftel unter 5 Hektar groß, sind mithin nicht ablieferungsplötzlich. In ganz Deutschland wird die Umlage von 1841/25 Betrieben aufgebracht. Die Deutschnationalen haben ja auch hier als Redner den Vorsitzenden des Reichslandbundes, Herrn Kroschke, vorgeschickt. Wir haben eine Interpellation eingereicht, bei deren Beratung wir Gelegenheit haben werden, die Sabotage der organisierten Landwirtschaft gegen eine neue Umlage zu kennzeichnen. Die „Freiheit“ hat ja die Richtlinien der Landwirtschaft am 8. Juni 1922 veröffentlicht. Die Agrarier werden nur von der unerträglichen Geldgier, nicht durch die Not getrieben. Jeden Tag lesen wir in den Zeitungen von Waffensunden auf dem Lande. Unlängst wurde ein Waffenschatz bei einem Landbundesvorsitzenden, Herrn Wickenstein, in Pommern gefunden, anderswo ein großes Munitionslager entdeckt. Überall bilden sich illegale Organisationen. Balkenamer treiben sich auf den Wäldern herum. Das ist ein offenkundiger Skandal. Wo ist die Regierung, die hier eingreift? Wir fordern von der Regierung Maßnahmen gegen solche Machenschaften. Die frühere Regierung wäre schon längst eingeschritten, wenn es sich, statt um monarchistische und nationalistische Kreise, um Leute aus der Arbeiterbevölkerung handelte. In einem Eisenbahnwagen 2. Klasse lag ich vor ein paar Tagen: „Gott segne Birck, Rathenau und Scheidemann, den Erzberger hat er bereits gesegnet!“ So weit geht die Unverschämtheit der nationalistischen Kreise. Jetzt, nach dem Attentat auf Scheidemann beginnen ja auch die Sozialdemokraten zu erwachen. Der reinste Hohn ist es, wenn die Deutschnationale Fraktion die Regierung jetzt interpelliert, was sie zu tun gedenkt, um die Lebenshaltung der minderbemittelten Kreise planmäßig zu sichern, und um etwaigen Versuchen der Verschlebung von Getreide ins Ausland mit den schärfsten Mitteln zu begegnen. Es besteht jetzt nicht mehr eine Intensiv-Wirtschaft, sondern eine Extensivwirtschaft auf dem Lande. Der Agrarier produziert ja nur solche Produkte, die ganz geringe Kosten verursachen, aber höchste Gewinne bringen. 1918 sind 10 540 Millionen Tonnen geerntet worden, jetzt nur noch 947 Millionen Tonnen. Wenn die Landwirtschaft wolle, könnte die Produktivität so gesteigert werden, daß wir die Getreidemlage nicht brauchen. Früher, als Gelegenheit da war, für Kulturzwecke und Anbauzwecke Mittel aufzuwenden, da hat man sie zum Bau von Kriegsschiffen, von Kanonen verwendet. Auf manchen Gütern herrscht eine wahre Saus- und Brauswirtschaft, die Felder werden nicht bestellt, das Futter läßt man verkaufen, die Kartoffeln erfrieren. Wir müssen die Volksernährung sicherstellen und deshalb verlangen wir wieder und wiederum die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Solange sich die Produktionsmittel in den Händen der Besitzenden befinden und die Produktion nur der Selbstinteressen wegen erfolgt, werden die arbeitenden Klassen der Ausbeutung und Verelendung immer ausgezehrt sein. Die materiellen Opfer der Agrarier im Kriege bestanden darin, daß sie außerordentlich reich geworden sind, sie haben es verstanden, die Kostlage des Volkes während des Krieges auszunutzen. Man will die Nahrungsmittel zurückhalten, um unter dieser Regierung Ernährungsschwierigkeiten herbeizuführen. Diese Kampfanlage soll eine Kraftprobe der Landwirtschaft sein, aber alle diese Kraftproben werden dem starken Willen der Arbeiterklasse gescheitern. Dafür werden wir sorgen. (Beifall links.)

Abg. Kroschke (Dn.): Die Unabhängige Sozialdemokratie sieht in der Zwangsverpflichtung keineswegs ein sozialistisches Ideal. Wir wissen, daß eine gerechte Verteilung der vorhandenen Produkte nur möglich ist, wenn die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum geworden sind. Die Zwangsverpflichtung ist ein Produkt der Kriegswirtschaft, das die bürgerlichen Parteien für ihre Durchhaltepolitik notwendig hatten. Später hat man sie dann als sozialistische Einrichtung hingestellt, um den Sozialismus zu kompromittieren. Für uns ist sie nur eine Zweckmäßigkeit, eine notwendige Umlage. Solange die Nachfrage nach den wichtigsten Lebensmitteln weit größer ist als das Angebot, müssen Maßnahmen getroffen werden, damit die arbeitende Bevölkerung nicht vollständig dem Dürre preisgegeben ist. Im vorigen Erntefahr wurde durch die Umlage nicht jene Menge Getreide erzielt, die Deutschland zur Sicherstellung seiner Ernährung nötig hatte. Es muß in diesem Jahr das Quantum Getreide durch die Umlage erhöht werden, das das deutsche Volk vor der Aus Hungertod bewahrt. Wir werden im Anschluß entsprechende Änderungen beantragen. Nach der Vorlage soll der Brotpreis ungefähr verdoppelt werden. Das bedeutet für viele den Hungertod. Das Agrarierium behauptet, daß die ganze Landwirtschaft geschlossen hinter ihm stehe und eine neue Umlage ablehne. Von allen landwirtschaftlichen Betrieben sind ja vier Fünftel unter 5 Hektar groß, sind mithin nicht ablieferungsplötzlich. In ganz Deutschland wird die Umlage von 1841/25 Betrieben aufgebracht. Die Deutschnationalen haben ja auch hier als Redner den Vorsitzenden des Reichslandbundes, Herrn Kroschke, vorgeschickt. Wir haben eine Interpellation eingereicht, bei deren Beratung wir Gelegenheit haben werden, die Sabotage der organisierten Landwirtschaft gegen eine neue Umlage zu kennzeichnen. Die „Freiheit“ hat ja die Richtlinien der Landwirtschaft am 8. Juni 1922 veröffentlicht. Die Agrarier werden nur von der unerträglichen Geldgier, nicht durch die Not getrieben. Jeden Tag lesen wir in den Zeitungen von Waffensunden auf dem Lande. Unlängst wurde ein Waffenschatz bei einem Landbundesvorsitzenden, Herrn Wickenstein, in Pommern gefunden, anderswo ein großes Munitionslager entdeckt. Überall bilden sich illegale Organisationen. Balkenamer treiben sich auf den Wäldern herum. Das ist ein offenkundiger Skandal. Wo ist die Regierung, die hier eingreift? Wir fordern von der Regierung Maßnahmen gegen solche Machenschaften. Die frühere Regierung wäre schon längst eingeschritten, wenn es sich, statt um monarchistische und nationalistische Kreise, um Leute aus der Arbeiterbevölkerung handelte. In einem Eisenbahnwagen 2. Klasse lag ich vor ein paar Tagen: „Gott segne Birck, Rathenau und Scheidemann, den Erzberger hat er bereits gesegnet!“ So weit geht die Unverschämtheit der nationalistischen Kreise. Jetzt, nach dem Attentat auf Scheidemann beginnen ja auch die Sozialdemokraten zu erwachen. Der reinste Hohn ist es, wenn die Deutschnationale Fraktion die Regierung jetzt interpelliert, was sie zu tun gedenkt, um die Lebenshaltung der minderbemittelten Kreise planmäßig zu sichern, und um etwaigen Versuchen der Verschlebung von Getreide ins Ausland mit den schärfsten Mitteln zu begegnen. Es besteht jetzt nicht mehr eine Intensiv-Wirtschaft, sondern eine Extensivwirtschaft auf dem Lande. Der Agrarier produziert ja nur solche Produkte, die ganz geringe Kosten verursachen, aber höchste Gewinne bringen. 1918 sind 10 540 Millionen Tonnen geerntet worden, jetzt nur noch 947 Millionen Tonnen. Wenn die Landwirtschaft wolle, könnte die Produktivität so gesteigert werden, daß wir die Getreidemlage nicht brauchen. Früher, als Gelegenheit da war, für Kulturzwecke und Anbauzwecke Mittel aufzuwenden, da hat man sie zum Bau von Kriegsschiffen, von Kanonen verwendet. Auf manchen Gütern herrscht eine wahre Saus- und Brauswirtschaft, die Felder werden nicht bestellt, das Futter läßt man verkaufen, die Kartoffeln erfrieren. Wir müssen die Volksernährung sicherstellen und deshalb verlangen wir wieder und wiederum die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Solange sich die Produktionsmittel in den Händen der Besitzenden befinden und die Produktion nur der Selbstinteressen wegen erfolgt, werden die arbeitenden Klassen der Ausbeutung und Verelendung immer ausgezehrt sein. Die materiellen Opfer der Agrarier im Kriege bestanden darin, daß sie außerordentlich reich geworden sind, sie haben es verstanden, die Kostlage des Volkes während des Krieges auszunutzen. Man will die Nahrungsmittel zurückhalten, um unter dieser Regierung Ernährungsschwierigkeiten herbeizuführen. Diese Kampfanlage soll eine Kraftprobe der Landwirtschaft sein, aber alle diese Kraftproben werden dem starken Willen der Arbeiterklasse gescheitern. Dafür werden wir sorgen. (Beifall links.)

Abg. Kroschke (Dn.): Die Unabhängige Sozialdemokratie sieht in der Zwangsverpflichtung keineswegs ein sozialistisches Ideal. Wir wissen, daß eine gerechte Verteilung der vorhandenen Produkte nur möglich ist, wenn die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum geworden sind. Die Zwangsverpflichtung ist ein Produkt der Kriegswirtschaft, das die bürgerlichen Parteien für ihre Durchhaltepolitik notwendig hatten. Später hat man sie dann als sozialistische Einrichtung hingestellt, um den Sozialismus zu kompromittieren. Für uns ist sie nur eine Zweckmäßigkeit, eine notwendige Umlage. Solange die Nachfrage nach den wichtigsten Lebensmitteln weit größer ist als das Angebot, müssen Maßnahmen getroffen werden, damit die arbeitende Bevölkerung nicht vollständig dem Dürre preisgegeben ist. Im vorigen Erntefahr wurde durch die Umlage nicht jene Menge Getreide erzielt, die Deutschland zur Sicherstellung seiner Ernährung nötig hatte. Es muß in diesem Jahr das Quantum Getreide durch die Umlage erhöht werden, das das deutsche Volk vor der Aus Hungertod bewahrt. Wir werden im Anschluß entsprechende Änderungen beantragen. Nach der Vorlage soll der Brotpreis ungefähr verdoppelt werden. Das bedeutet für viele den Hungertod. Das Agrarierium behauptet, daß die ganze Landwirtschaft geschlossen hinter ihm stehe und eine neue Umlage ablehne. Von allen landwirtschaftlichen Betrieben sind ja vier Fünftel unter 5 Hektar groß, sind mithin nicht ablieferungsplötzlich. In ganz Deutschland wird die Umlage von 1841/25 Betrieben aufgebracht. Die Deutschnationalen haben ja auch hier als Redner den Vorsitzenden des Reichslandbundes, Herrn Kroschke, vorgeschickt. Wir haben eine Interpellation eingereicht, bei deren Beratung wir Gelegenheit haben werden, die Sabotage der organisierten Landwirtschaft gegen eine neue Umlage zu kennzeichnen. Die „Freiheit“ hat ja die Richtlinien der Landwirtschaft am 8. Juni 1922 veröffentlicht. Die Agrarier werden nur von der unerträglichen Geldgier, nicht durch die Not getrieben. Jeden Tag lesen wir in den Zeitungen von Waffensunden auf dem Lande. Unlängst wurde ein Waffenschatz bei einem Landbundesvorsitzenden, Herrn Wickenstein, in Pommern gefunden, anderswo ein großes Munitionslager entdeckt. Überall bilden sich illegale Organisationen. Balkenamer treiben sich auf den Wäldern herum. Das ist ein offenkundiger Skandal. Wo ist die Regierung, die hier eingreift? Wir fordern von der Regierung Maßnahmen gegen solche Machenschaften. Die frühere Regierung wäre schon längst eingeschritten, wenn es sich, statt um monarchistische und nationalistische Kreise, um Leute aus der Arbeiterbevölkerung handelte. In einem Eisenbahnwagen 2. Klasse lag ich vor ein paar Tagen: „Gott segne Birck, Rathenau und Scheidemann, den Erzberger hat er bereits gesegnet!“ So weit geht die Unverschämtheit der nationalistischen Kreise. Jetzt, nach dem Attentat auf Scheidemann beginnen ja auch die Sozialdemokraten zu erwachen. Der reinste Hohn ist es, wenn die Deutschnationale Fraktion die Regierung jetzt interpelliert, was sie zu tun gedenkt, um die Lebenshaltung der minderbemittelten Kreise planmäßig zu sichern, und um etwaigen Versuchen der Verschlebung von Getreide ins Ausland mit den schärfsten Mitteln zu begegnen. Es besteht jetzt nicht mehr eine Intensiv-Wirtschaft, sondern eine Extensivwirtschaft auf dem Lande. Der Agrarier produziert ja nur solche Produkte, die ganz geringe Kosten verursachen, aber höchste Gewinne bringen. 1918 sind 10 540 Millionen Tonnen geerntet worden, jetzt nur noch 947 Millionen Tonnen. Wenn die Landwirtschaft wolle, könnte die Produktivität so gesteigert werden, daß wir die Getreidemlage nicht brauchen. Früher, als Gelegenheit da war, für Kulturzwecke und Anbauzwecke Mittel aufzuwenden, da hat man sie zum Bau von Kriegsschiffen, von Kanonen verwendet. Auf manchen Gütern herrscht eine wahre Saus- und Brauswirtschaft, die Felder werden nicht bestellt, das Futter läßt man verkaufen, die Kartoffeln erfrieren. Wir müssen die Volksernährung sicherstellen und deshalb verlangen wir wieder und wiederum die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Solange sich die Produktionsmittel in den Händen der Besitzenden befinden und die Produktion nur der Selbstinteressen wegen erfolgt, werden die arbeitenden Klassen der Ausbeutung und Verelendung immer ausgezehrt sein. Die materiellen Opfer der Agrarier im Kriege bestanden darin, daß sie außerordentlich reich geworden sind, sie haben es verstanden, die Kostlage des Volkes während des Krieges auszunutzen. Man will die Nahrungsmittel zurückhalten, um unter dieser Regierung Ernährungsschwierigkeiten herbeizuführen. Diese Kampfanlage soll eine Kraftprobe der Landwirtschaft sein, aber alle diese Kraftproben werden dem starken Willen der Arbeiterklasse gescheitern. Dafür werden wir sorgen. (Beifall links.)

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 2 Uhr, Tagesordnung: Anfragen, kleine Vorlagen, Fortsetzung der Beratung der Getreidemlage. Schluß: 6 Uhr.

Aus dem Reichsrat

Der Reichsrat nahm am Montag den Gesetzentwurf über die Schenkung der Länder an. Der Gesetzentwurf befaßt sich lediglich mit der Verlegung der Schutzpolizeibeamten, die ähnlich geregelt wird, wie die Verlegung der Angehörigen der Reichswehr. — Die Geltungsdauer der Bestimmungen zugunsten Schwerebeschädigter hinsichtlich der Kündigung wurde bis zum Januar 1923 verlängert, ebenso die Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes. Bisher war es bis zum 30. Juni verlängert worden, da man annahm, daß am 1. Juli das Gesetz über den Mieterschutz in Kraft treten würde. Damit ist aber bei der parlamentarischen Lage nicht zu rechnen. — Das Jugendwohlfahrtsgesetz wurde in der Fassung des Reichstages an die Ausschüsse zur Prüfung verwiesen. Der Minister des Innern Dr. Brücker teilte mit, es sei noch eine Novelle zu dem Gesetz zu erwarten, da durch ein Versehen bei der Abstimmung im Reichstage der Termin der Inkraftsetzung in einer Weise festgelegt worden sei, die den Absichten der Mehrheit nicht entspreche.

Der Gewerkschaftskongress in Leipzig

Die Eröffnungssitzung

Eigenbericht der „Freiheit“.

Schon das äußere Bild der Tagung mit ihren über 700 Delegierten und den zahlreichen Vertretern der Reichsregierung sowohl wie der sächsischen Regierung repräsentiert die ungeheure Bedeutung der vertretenen Organisationen. Auch das proletarische Ausland ist in einer sonst ungewohnten Stärke durch Delegationen vertreten und befundet damit, welche lebhafteste Teilnahme die ausländischen Kameraden an den Beratungen des nächsten Flügels der gewerkschaftlichen Internationalen nehmen.

Sofort nach Eintreten in die Tagesordnung ergab sich eine starke Mehrheit der rechtssozialistischen Fraktion, die in recht enghirniger Weise von ihrer Mehrheit selbst bei jeder formalen Frage, wie bei der Wahl des Büros, das lediglich aus Rechtssozialisten zusammengesetzt wurde, und bei der Aufstellung der Geschäftsordnung Gebrauch machte. In merkwürdigem Gegensatz hierzu standen die einflussreichen Worte des Vorsitzenden Leipzig, der mit Nachdruck auf die Notwendigkeit förmlicher Zusammenarbeit hinwies, praktisch aber nichts dazu beitrug, diese Mahnung in die Tat umsetzen zu lassen, wurde zunächst von der rechten Seite jeder Hinweis auf vorhandene Strömungen belächelt, so war man schließlich doch genötigt, durch Zuhilfenahme von Korreferenten bzw. Fraktionsrednern mit verlängerter Redezeit das Bestehen der drei Richtungen anzuerkennen.

Nach Entgegennahme der Anträge der Minister Brauns, Robert Schmidt und Ritsch-Sachsen und der zahlreichen Auslandsvertreter gab der Vorsitzende Leipzig eine mündliche Ergänzung zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, die im wesentlichen eine Verteidigung der Tätigkeit des Bundesvorstandes darstellte. Leipzig versuchte insbesondere, die Haltung des Bundesvorstandes während des Eisenbahnerstreiks zu rechtfertigen, um sich dann mit Entschiedenheit gegen alle Versuche zur Abschaffung des Achtstundentages zu wenden. Sehr gründlich rechnete er auch mit jenen angeblich sozialistischen Sachverständigen ab, die für Aufhebung des Achtstundentages offen eintraten. Bei der Besprechung der zehn Punkte in der Frage der Sachwertfassung entschuldigte er die Untätigkeit des Bundes mit dem Hinweis, daß diese Forderung nur ein Ziel auf lange Sicht darstelle. Ungeachtet der für die Gewerkschaften bestehenden Notwendigkeit, ihren Aufgabekreis auch auf das politische Gebiet auszudehnen, habe die Bundesleitung dennoch immer das Bestreben gehabt, sich nicht weiter auf das Gebiet der Politik drängen zu lassen. Zum Schluß erwähnte Leipzig die Arbeiterkraft zur Wiederherstellung der Einigkeit, die heute notwendiger sei als je.

Der erste deutsche Gewerkschaftskongress in Leipzig wurde heute vormittag im festlich geschmückten großen Saale des Zoologischen Gartens durch den ersten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Leipzig eröffnet. Die Reichsregierung war durch den Reichswirtschaftsminister Schmidt, den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und den Staatssekretär Dr. Weis vertreten, die preussische Regierung durch Handelsminister Siering und Geheimrat Abicht, die sächsische Landesregierung durch Arbeitsminister Ritsch und Wirtschaftsminister Hellisch. Auch eine Reihe ausländischer Vertreter aus England, Schweden, Belgien, Holland, der Schweiz, Dänemark, Ungarn, Polen und Luxemburg war erschienen. Ebenso hatte das inter-

nationale Arbeitsamt in Genf zwei Vertreter entsandt.

Im Namen der Reichsregierung begrüßte Minister Brauns den Kongress und stellte mit Befriedigung fest, daß das Reichsarbeitsministerium und die Gewerkschaften überall, wo gewerkschaftliche Grundzüge in Frage kommen, reibungslos auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens zusammen arbeiten. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß es der Gewerkschaftsbewegung gelingen möge, die kritischen Fragen der Gegenwart so zu lösen, daß der Gewerkschaftsgedanke selbst darunter keinen Schaden leide und die Volksgemeinschaft davon Nutzen ziehe. Als wichtigste Aufgabe bezeichnete er die gewerkschaftliche Schulung der Massen neu gewonnener Mitglieder. In bezug auf die Stellung der Gewerkschaften zum Staat betonte der Minister, daß der Staat nicht lediglich eine Wirtschaftsorganisation und noch weniger eine Wirtschaftsorganisation im Interesse eines einzelnen Standes oder einer einzelnen Klasse darstelle. Das schließt aber nicht aus, daß die Gewerkschaften ihrer äußeren Bedeutung entsprechend einen größeren Einfluß als früher auf das Staatsleben ausüben. Der Minister verhielt weiter die Stellung der Gewerkschaften gegenüber der Arbeitgeberkraft. Er sprach die Erwartung aus, daß die prinzipiellen Kämpfe um das Koalitionsrecht und den Tarif nicht wieder aufleben würden. Die neue gelbe Bewegung unter der Arbeitnehmerschaft müsse, wie die alte durch den gestandenen Sinn und das Standesbewußtsein der Arbeitnehmers überwinden werden. Den Organisationszwang mit ungesetzlichen Mitteln lehnte der Minister ab. Auch dürfe der Zwang zur Gewerkschaft keineswegs eine geistige Vergewaltigung auf dem Gebiete der Weltanschauung werden. Als überaus bedenklich für den Gewerkschaftsstand sah dem Minister eine gewisse Einbuße der Führung an Autorität, die aus der Überstürzung des demokratischen Gedankens der überstürzten Entwicklung der letzten Jahre herrühre. Der Minister schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Wunsch, daß der Kongress die schwierigen gewerkschaftlichen Probleme der Lösung um ein Stück näher en möge.

Zweite gewerkschaftliche Jugendkonferenz

Vor Eröffnung des Gewerkschaftskongresses in Leipzig, fand am Sonnabend, den 17. Juni, die 2. gewerkschaftliche Jugendkonferenz statt, die Sassenbach, als Vertreter des Bundesvorstandes des ADGB, leitete. Als Vorsitzende wurden Sassenbach-Berlin und Braundmüller-Stuttgart gewählt. Den Bericht des Jugendsekretariats des ADGB, erstattete der Sekr. Rasche-Berlin, aus dem wir nur mitteilen wollen, daß 496 000 jugendliche Gewerkschafter gemeldet werden können. Reichner-Berlin behandelte die Frage der Neugestaltung des Lehrlingsrechts und wies auf die Reformbedürftigkeit der Gewerbeordnung hin. Angelehnt an Fröhlich-Berlin behandelte den dritten Punkt der Tagesordnung: Lehrwerkstätten. Er bekannte sich zur Industriellehre und verlangte, daß die Industrie gesetzlich verpflichtet werden solle, eigene Werkstätten zu errichten.

Ueber die Ausbildung von Gewerbelehrern aus den Reihen der Arbeiterschaft referierte Dr. Henning, und zum Programm über die gewerkschaftliche Jugendarbeit sprach Dr. Löwenberg vom S. d. A. Ueber die Interaktionen für die gewerkschaftlichen Jugendparteien äußerte sich Vietz von den Eisenbahnern, die vorbedeutlich der Zustimmung des Bundes angenommen wurden. Wilhelm-Berlin ließ sich über die Jugendarbeit innerhalb der Gewerkschaften aus und forderte die vollkommene Gleichberechtigung in den Verbänden. Annahmen wurde eine Entschleunigung, die den Gewerkschaftsbund dringend beauftragt, die Neuregelung des Lehrlingsrechts und die berufliche Ausbildung zu fördern und den vom Reichsministerium ausgehenden Gesetzentwurf scharf zu verabschieden. Die nächste Konferenz soll sich mit der Haltung unter den weiblichen Jugendlichen und ihrer organisatorischen Erziehung beschäftigen.

In unserer Beilage dem „Jugendnachrichten“ werden wir über die Tagung noch ausführlich berichten.

Preussischer Landtag

Sitzung vom Montag, den 19. Juni.

Ein Antrag Schmedding (Ztr.) über die Erhöhung der den maßgebenden Familienmitgliedern von Aidekommissen und Majoratsbesitzern zustehenden Gehältern wird ohne Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen. Gleichfalls ohne Aussprache wird ein Antrag über die Gehälter für Organisten und Kirchenbeamte dem Hauptausschuß überwiesen. Raummehr wird die am Sonnabend unterbrochene Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. König (SPD.) kreuzt die Finanznot in den Gemelnden. Die Haltung der Reichsblätter sei durchaus monarchistisch.

Abg. Holzamer (Ztr.) tritt für die Beteiligung des Handwerks bei Lieferungsablässen ein.

Abg. Balkoff (Dn.) polemisiert gegen das Zentrum.

Abg. Dr. Steffens (D. Sp.) Die Reise Hindenburgs war keine politische. Als ich Hindenburg in Däpreußen wieder sah, fand mir die Tränen geflossen. Die Reichswehr hat sich in Königsberg einwandfrei benommen.

Minister des Innern Severing: Der Besuch Hindenburgs hat nicht den privaten Charakter gehabt, wie das hier dargestellt wird. Als wir davon Kenntnis erhielten, daß von 150 Wägern die Landarbeiter gegen ihren Willen auf Lötterwagen nach den Städten geschafft werden sollten, als wir erfuhr, daß die geplanten Paraden einen militärischen Charakter bekommen sollten, haben wir der Staatsbehörden Anweisung gegeben, sich mit diesen Besorgnissen nicht zu identifizieren. Lange vorher haben die Kriegervereine Redungen abgehalten usw. Dabei sind Ententoffiziere beobachtet worden, die sich eifrig die Kommandos der Kriegervereinsvorsitzenden notierten. Bis jetzt können wir noch nicht feststellen, was aus antipolitisch diese Disziplinäre Hindenburgs kosten wird. (Stürmisches Göl! Göl! links. — Plut rechts. Zuruf: Und das ist ein preussischer Staatsminister!) Die Schulkinder hat man kundenlang vorher aufgestellt und warten lassen. Ich habe als Staatsminister nicht die Aufgabe, die Linkspresse in Scham zu nehmen gegen den Vorwurf, zu Zusammenstößen gehen zu haben. Aber die Reichspresse hat es an Herausforderungen der Staatsregierung nicht fehlen lassen. Der Minister verliest ein genanntes Gedicht in einer rechtsgerichteten Zeitung, worin angekündigt wird, daß alle Anordnungen der Staatsregierung als Aloysepapier benutzt werden.

Abg. Schulz (SPD.) verliest ein Telegramm, das die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei anlässlich des Besuchs Hindenburgs in Königsberg an diesen gerichtet hat. Eine Orisgruppe der deutschen Partei hat auch an den Kronprinzen telegraphiert. (Zuruf links zur Volks-

partei: Sie halten also noch zu Ihrem Kaiser? — Der volksparteiliche Abg. Pinnerell befaßt mit einer Verbeugung. — Weiterer Zuruf: Auch Ihre Minister? Dr. Pinnerell befaßt gleichfalls. — Abg. Rufe links und Zurufe: Das sind die Koalitionsbrüder der SPD! Die Arbeiterkraft wird sich zur Wehre setzen, wenn die Reaktion losgelassen wird.

Abg. Bartel (Dem.) wünscht Regelung der Versorgungsverhältnisse der Polizeibeamten.

Abg. v. Dröndler (Dn.) Die Disziplin und Autorität in der Schutzpolizei ist bedenklich gelockert. Der sogenannte Schraderverband treibt eine unheilvolle Propaganda im Lande.

Minister des Innern, Severing: Herr v. Dröndler hatte sich vor drei Jahren als aktiver Beamter anders zur Republik eingestellt als heute. Damals mußten also andere Motive bei Ihnen mitgesprochen haben. (Hört, hört, links.) Die Kritik deutschnationaler Parlamentarier schert mich nicht. Den Vorwurf der Korruption weise ich zurück.

Abg. v. Gerner (D. Sp.) Wir verlangen von der Beamtenchaft, daß sie sich in jeder Lage ihrer Pflicht bewußt ist.

Abg. Heilmann (SPD.) Die Deutschnationalen sind antinational, sind die Feinde der Republik. Damit schließt die Generaldebatte. Es folgt die Einzelberatung der Staatsittel, in der u. a. Abg. Leid (NSD.) den Antrag unserer Fraktion begründet, den Staatsrat abzuschaffen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, den 19. Juni, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Hausstat des Staatsministeriums, in Verbindung damit der Antrag der Deutschnationalen über die Kriegsschuldfrage und große Anfragen über die Ernährungsfragen.

Lösung der polnischen Krise

Warschau, 19. Juni.

Die Regierungskrise in Polen hat eine Lösung gefunden, indem der Staatschef Pilsudski auf seinen Kandidaten für den Posten des Premierministers verzichtete und der Hauptausführer des Sejms auf Antrag Stanislas den nationalen Fortschrittler Przanowski designierte, der dann mit 200 gegen 98 Stimmen auch gewählt wurde.

Hungerstreik in Niederschönenfeld

(NSD.) 19. Juni.

In der Festungshausstadt Niederschönenfeld ist der kommunistische Abg. Sander zum Protest gegen die Verhängung der Einzelhaft in den Hungerstreik getreten.

Fleischwucher der Agrarier und Händler Fleisch über 80 Mark und Wurst bis 100 Mark das Pfund

Während in den letzten Monaten das stürmische Tempo in der Preispolitik etwas nachgelassen hat, beobachten wir auf dem Vieh- und Fleischmarkt eine Preisrevolution, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Es wird kaum ein Lebensmittel genannt werden können, bei dem die Preisstürze so rasend in die Höhe ging, wie es in den letzten Wochen beim Fleisch der Fall war, und hier insbesondere beim Rindfleisch.

Zum Vergleich sollen hierzu einige Zahlen dienen. Es kosteten auf den verschiedenen Viehmärkten Ochsen je nach Qualität der Zentner Lebendgewicht:

	nom 2.-6. Januar	2.-7. April	4.-10. Juni
Nachn	600-1200	1800-2500	2500-3300
Berlin	700-1100	1500-2700	2500-3200
Dreslau	600-925	1600-2100	1800-2500
Hamburg	700-1200	1500-2650	2000-3350
Hannover	700-1200	1600-2600	2300-3200
Karlsruhe	850-1050	2000-2450	2650-3150
Magdeburg	550-900	1300-2700	1500-3000
Leipzig	650-1000	1400-2500	1800-3300
Nürnberg	550-1020	1500-2500	2200-3100
München	500-990	1600-2600	2100-3100
Wilmn	700-1100	2000-2600	2600-3100

Die Steigerung betrug demnach in 5 Monaten zum Teil über 100 Prozent. In demselben Maße sind natürlich auch die Detailpreise gestiegen, so daß für Schmorfleisch heute bereits über 80 M. das Pfund verlangt wird. Welcher Arbeiter kann sich bei solchen Phantasiereisen noch Fleisch zur Erhaltung seiner Arbeitskraft leisten? Die Steigerung bei den übrigen Fleischsorten bewegt sich in ähnlichem Sinne. Bei Hammelfleisch ist sie um noch weitere 100 Proz. höher. Für eine halbfarbene Wurst wird im Detailhandel bereits bis 100 M. pro Pfund verlangt.

So mancher wird fragen, was ist eigentlich los? Sollen diese raffigierten Landwirte auch für das Vieh Weltmarktpreise haben? Bitte solche Verschwendung bei unseren Landwirten nicht voranzuschicken, denn die Weltmarktpreise sind längst überschritten.

Es gibt zurzeit in Berlin in den Fleischläden Gefrierfleisch aus Argentinien und Neuseeland zu kaufen, das 60 Prozent billiger ist als das hiesige Fleisch. Dabei handelt es sich nicht etwa um geringe Qualität, sondern um prima Fleisch, von dem das Suppenfleisch bereits mit 28-30 M. verkauft wird, während für deutsches Fleisch in derselben Qualität 66-70 M. verlangt wird.

Bei dieser Gelegenheit soll gleich darauf hingewiesen werden, daß es ein Irrtum ist, wenn vielfach angenommen wird, daß Gefrierfleisch nicht mit unserem hochwertigen Inlandsfleisch in Vergleich zu stellen sei. Unsere deutschen Hausfrauen sind abgeschreckt worden durch das Gefrierfleisch, das während der Zwangswirtschaft in überreichlichem Maße zur Verteilung kam. Das war meist geringer Qualität mit einer jahrelangen Lagerzeit, das die amerikanischen Patere der deutschen Regierung damals veräußerten. Heute kommt durchweg nur prima Qualität zur Einfuhr, das nur eine geringe Lagerzeit hinter sich hat. Das Gefrierfleisch wird vielfach nicht sachgemäß aufgetaut, was die Beschaffenheit wesentlich beeinträchtigt, aber das ist in letzter Zeit durch die gemachten Erfahrungen weit besser geworden. Die Hausfrau soll Gefrierfleisch stets dem bereits siedenden Wasser beifügen, um das in den äußeren Schichten des Fleisches befindliche Eiweiß recht schnell zum Gerinnen zu bringen. Dasselbe trifft auch für Schmor- oder Bratenfleisch zu.

Will das Publikum sich nicht willenlos ausplündern lassen, dann muß es in weitem Maße sich dem Genuß von Gefrierfleisch zuwenden. Es ist recht bezeichnend, daß jetzt, vier Jahre nach dem Kriege, das Ausland das deutsche Volk vor der Aushungierung seiner eigenen Lande bewahren muß, die im Besitze der Landwirtschaftlichen Produktionsmittel sind. Wir haben gerade diese Preise, die ein großer Teil der Kriegsschuld trifft, über die Blockade der Exporte geschrien. Heute erleben wir, daß dieselben Rationalisten mit brutaler Rücksichtslosigkeit an die

Aushungierung ihres eigenen Volkes

gehen. Um bei seiner Ausplünderung recht ungestört zu sein, arbeitet man nebenbei fieberhaft daran, die Fleischimporte zu unterbinden. Das Reichsamt des Innern sowie das Reichsgesundheitsamt nehmen offen für die Interessen der Agrarier Partei. Zwar führen sie sanitäre Gründe ins Feld, die aber an ihrer Unwahrhaftigkeit und Väterlichkeit zerfallen. Die Rechtsparteien, mit Ausnahme des Zentrums, wollen den Zustand der Vorkriegszeit wieder herbeiführen, nämlich mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes überhaupt jede Fleischimporte zu erschweren.

Es ist trotz des niedrigen Marktpreises möglich, mit dem Auslandsfleisch wirksam in Konkurrenz zu treten, wenn die Konsumenten dieses Mittel benutzen, um dem Wucher der Landwirte eine Parole zu bieten. Zurzeit kostet in Hamburg das Gefrierfleisch im Engros je nach Qualität per Zentner 2350.- bis 2450.- M., dagegen betragen die Engrospreise für Inlandsfleisch 5170.- bis 5970.- M. per Zentner. Das Auslandsfleisch ist demnach mehr als die Hälfte billiger, als das Inlandsfleisch.

Wer heute als Laie durch die Berliner Markthallen geht und sich die Fleischstände dort ansieht, wird ganz wie von dem außerordentlichen Preisunterschied. Rindfleisch z. B. ist in der Preislage von 38-75 M. pro Pfund anzutreffen, und zwar in jeder Preisvariation. Niemand hält es für notwendig, das Gefrierfleisch als solches fennlich zu machen. Es wäre unseres Erachtens erforderlich, daß die Preisprüfungsstelle sich mit diesen Dingen beschäftigt und bestimmte Anweisungen an die Geschäftsinhaber herausgibt, um eine Übervorteilung der Kundschaft zu verhindern. Das Laienpublikum ist auch mißtrauisch gegen das jetzt so billige Fleisch, weil es vielfach nicht weiß, daß es sich hier um prima ausländisches handelt, das trotz unseres entwerteten Geldes so billig auf den Markt gebracht wird, weil Landwirte und Händler das Inlandsprodukt glücklicherweise über 100 Proz. über den Weltmarktpreis hinaufgeschraubt haben.

Doch Verpachtung der Güter

Eine Korrespondenz verbreitet folgende Meldung: Die Verhandlungen wegen der Aenderung der Betriebsform auf den städtischen Gütern haben das Ergebnis gehabt, daß es zur Errichtung einer Gesellschaft m. b. H. nur noch der Zustimmung der Gemeindebehörden bedarf, um diese Gesellschaft zu gründen. Diese neue Gesellschaft beabsichtigt sämtliche 40 Stadtgüter zu übernehmen. Der Magistrat soll daran mit 60 und die Gesellschafter mit 40 Prozent beteiligt sein. Für die Berliner Bevölkerung ist von ganz besonderem Interesse, daß die beteiligten Landwirte sich verpflichtet wollen, dem Magistrat Berlin auf seinen Anruf gute Kartoffeln zu angemessenen Preisen bis zu 750 000 Zentner zur Verfügung zu stellen, und zwar frei Berlin, davon 150 000

Zentner Kartoffeln von der Ernte auf den Stadtgütern und 600 000 Zentner alljährlich von der auf anderen Gütern. Den Gemeindebehörden wird eine Nettoeinnahme von 20 Millionen M. vorweg von der neuen G. m. b. H. garantiert. Diese zahlt ferner 5 Prozent jährlich zur Tilgung des Anlagelapitals. Der Rest des Uberschusses aus dem Ertrage der Stadtgüter wird nach einem Schlüssel unter die Gesellschafter verteilt. Ferner gewährt die Gesellschaft dem die Gesellschafter der Stadt Berlin einen Kredit bis zur Höhe von 500 Millionen Mark zu einem angemessenen Zinssatz. Ein Aufsichtsrat, bestehend aus zwei Dritteln vom Magistrat zu entsendenden Mitgliedern und ein Drittel von den Gesellschaftern zu wählenden Personen und ein landwirtschaftlicher Beirat sind vorgesehen. Dieser wird aus Fachleuten bestehen. Diese G. m. b. H. wird die 40 Güter auf 18 Jahre pachten. Der Magistrat hat sich einen maßgebenden Einfluß gesichert, denn auch im Landwirtschaftlichen Beirat sitzen Vertrauenspersonen des Magistrats und Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung im Aufsichtsrat.

Ein feines agrarisches Ferienpländchen

In der „Pöfischen Zeitung“ schreibt offenbar in Vertretung mit Großagrariern eine Frau Marie von Bunsen über kostenlosen Sommeraufenthalt folgendes: „Auf zahllosen Gütern braucht die Hausfrau im Sommer Gartenarbeitskräfte, aber jeder Arm wird auf den Feldern benötigt. Früher war die wohlfeile Hilfe der Dorfkinder erhältlich; das hat sich geändert, wohlfeile Arbeitskräfte gibt es nicht mehr.“

Merkt du was, Städter? Die Gutbesitzerin braucht Gartenarbeitskräfte aber sie will hierfür, obwohl man auf den Gütern im Gelde schwimmt, nicht angemessen bezahlen, weil ja früher die Leistung der mit ein paar Groschen oder einer Handvoll Obst entlohnten ärmeren Dorfkinder „wohlfeil“ war. Für solche Ausplünderung der Arbeitskraft sind selbst die Dorfbewohner unterer Garnitur allerdings nicht mehr zu haben. Ebeniowenig sind größere Mengen von Stadtkindern als Arbeitskräfte erhältlich, wenn es auch nicht allzu selten vorkommt, daß einzelne schlaue Bauern sich zur Aufnahme städtischer, besonders auch Berliner Schulkinder anbieten und dann diese Kinder den ganzen Tag mit Hüten von Kühen und anderem Vieh beschäftigen, so daß die Freiheit bei der Erholung arg beschnitten ist. Also wird Iosgegangen auf solche Erwachsene, die gar zu gern auf dem Lande sich erholen möchten, aber nicht über die hierzu nötigen Geldmittel verfügen.

Wie nun Dame Bunsen den Städtern die Sache schmackhaft zu machen versucht, beweist wieder einmal die geschäftstüchtige Unverfrorenheit des Agrarierlängels. Zunächst wird dem Sirenenanfang ein halbamtliches Mäntelchen umgehängt durch Hinweis auf das Brandenburgische Landesamt in Berlin, das Bewerbungen mit Arbeitswilligkeit „für eine fachgeheile Arbeitsleistung gegen Unterhalt“ annimmt. Bares Geld wird auf alle Fälle nicht gezahlt. Auch von den Reisekosten ist mit keinem Wort die Rede. Weiter heißt es: „Die Gartenarbeitskräfte würden die kräftige, reichliche Leute sein, nicht jedoch herrschaftliche Verpflegung beanspruchen dürfen.“ Dabei wird ausdrücklich auch auf gebildete Städter und Städterinnen spekuliert, deren Magen nicht so „gebildet“ sein darf wie der der doppelkinnigen Gutbesitzerfamilie. Auf armen Gütern gibt es nicht mehr beliebig viel Butter, Eier und Braten (??); und diese Städter sind ja nicht

An unsere Postabonnenten

Die Bestellung der „Freiheit“ für das 3. Quartal 1922 oder für den Monat Juli muß umgehend, spätestens aber bis zum 25. d. M. beim zuständigen Postamt oder Briefträger erfolgen. Bei späterer Bestellung übernimmt die Post keine Verantwortung für ordnungsmäßige Zustellung, und sind Verzögerungen in der Bestellung unvermeidlich.

Der Verlag der „Freiheit“, e. G. m. b. H.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einige autobiographische Uebersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1912 by McClain & Co., Berlin.

(92. Fortsetzung.)

Ich setzte ihn in einer gleichfalls überschwemmten Vorstadtstraße ab und fuhr quer durch die Fahrmarktsstraße nach der Landspitze, an der die Oka in die Wolga mündet. Dort machte ich das Boot fest und schaute auf das Zueinanderströmen der beiden Flüsse, auf die Stadt, die Dampfer und den Himmel, der mit seinem weißen Wolkenbehang dem mächtigen Fittich eines ungeheuren Riesenvogels gleich. Dort, an einer kleinen Stelle in dem weißen Wolkenkleid, erscheint die goldene Sonne und vollzieht mit einem einzigen Blick auf die Erde eine gewaltige Wandlung. Alles ringsum erscheint lebendiger und frischer, die rasche Strömung scheint die unabsehbare Kette der Holzflöße leichter zu tragen, die härtigen Flößer greifen fester in die langen Ruder, schreien lauter aufeinander und auf die vorübergleitenden Dampfer los. Ein kleiner Dampfer schleppt eine leere Barke stromaufwärts — der Fluß wirkt und schüttelt ihn, sein Schnabel fühlt unruhig vor wie die Schnauze eines Hechtes, und er schnauft und häumt sich mit den Rädern trotzig gegen die heftige Strömung auf. Auf der Barke sitzen Schulter an Schulter vier Bauern und lassen die Beine über den Schiffsrand herabhängen; einer von ihnen trägt ein rotes Hemd, und sie singen ein Lied, dessen Text nicht zu verstehen ist, das ich aber kenne.

Es ist mir, als wenn ich hier, auf dem lebendigen Strom, mit allem vertraut wäre, alles kenne und verstände. Die überschwemmte Stadt aber dort hinter mir — die scheint mir nichts als ein böser Traum, eine phantastische Erdichtung des Prinzipals, so wenig zu verstehen wie er selbst.

Ich sehe mich satt an allem und kehre nach Hause zurück, in dem Gefühl, ein erwachsener Mensch zu sein, zu jeglicher Arbeit tauglich. Vom Kremelberge schaue ich noch einmal auf die Wolga zurück — von oben her, aus der Höhe, erscheint die Erde so gewaltig und verpricht alles zu geben, was man von ihr verlangt.

Um Häuser bin ich nun nicht verlegen. Die Wohnung, in der einst Königin Margot hauste, hat jetzt eine kinderreiche Familie inne. Fünf Töchter haben

die Leute, eine immer hübscher als die andere, und zwei Söhne, Gymnasialisten, und diese jungen Leute versehen mich reichlich mit Lesestoff. Mit wachem Heißhunger verschlinge ich Turgenjew, und ich bin voll Bewunderung, wie klar, wie einfach und herbstlich durchsichtig bei ihm alles ist, wie sauber seine Gestalten sind und wie lieb und gut die Dinge, die er so nett schildert.

Ich lese Pomjalowitschs „Duscha“ und bin gleichfalls erstaunt: Die Ähnlichkeit der Zustände, die da geschildert werden, mit dem Leben der Heiligenmaler ist verblüffend. Ich kenne nur zu gut diese Verzweiflung der Langeweile, die plötzlich in grausame Lust zum Bösen umschlägt.

Es war ein Genuß für mich, diese russischen Bücher zu lesen, aus denen stets etwas Bekanntes hervorragt, ein schwermütiger Grundton, der heimlich zwischen den Seiten eingeschlossen war und leise zu tönen begann, wenn das Buch kaum geöffnet ward.

Gogols „Tote Seelen“ las ich ohne besonderes Interesse, ebenso Dostojewitschs „Tagebuch aus dem toten Hause“, „Tote Seelen“, „Totes Haus“, „Der Tod“, „Dreierlei Tod“, „Lebende Reliquie“ — die Einförmigkeit dieser Buchtitel ließ mich unwillkürlich aufmerken und weckte in mir eine unbestimmte Abneigung gegen Bücher dieser Art. Auch literarische Produkte wie Tschernyschewitschs „Was tun?“, wie „Zeichen der Zeit“, „Schritt für Schritt“, „Chronik des Dorfes Smurtin“ und ähnliche dieser Art gefielen mir nicht.

Dagegen fand ich an Dicens und Walter Scott viel Gefallen, ich las ihre Bücher zwei-, auch dreimal mit höchstem Genuße. Scotts Romane erinnerten mich an ein festtägliches Hochamt in einer reich geschmückten Kirche — sie waren ein wenig lang und einförmig, doch immer sehr feierlich. Dicens ist für mich der Schriftsteller geblieben, vor dem ich mich ehrfürchtig voll verneige — dieser Mensch hat in der Kunst der Menschenliebe eine erstaunliche Höhe erreicht.

Des Abends pflegte ich auf der Veranda vor dem Hause eine zahlreiche Gesellschaft zu versammeln: die Brüder R. mit ihren Schwestern, der stumpfsinnige Gymnasialist Wjatschslaw Sjematschko, zuweilen erschien auch Fräulein Prizyn, die Tochter irgendeines hohen Beamten. Man sprach von Büchern und Ver-

*) Eine Erzählung v. A. Tolstois.

***) Eine Skizze Turgenjews.

sen, also von Dingen, in denen auch ich mitreden konnte — ich hatte mehr als sie alle gelesen. Noch öfter jedoch unterhielten sie sich vom Gymnasium und beklagten sich über die Lehrer; wenn ich ihnen so zuhörte, fühlte ich mich freier als sie und wunderte mich über das Maß ihrer Geduld, beneidete sie jedoch andererseits darum, daß sie lernen und sich bilden durften.

Meine Kameraden waren älter als ich, doch kam ich mir selbst erwachsener, reifer und erfahrener vor als sie. Das war mir gar nicht recht, ich hätte mich gern mit ihnen inniger befreundet. Ich kam spät am Abend nach Hause, schmutzig und voll Staub, gestiftet von den Bildern eines ganz anderen Lebenskreises, die sich von den einförmigen Eindrücken, die sie empfingen, gar sehr unterschieden. Sie sprachen sehr viel von jungen Mädchen, waren bald in die eine, bald in die andere verliebt, versuchten Verse zu machen. Nicht selten nahmen sie dabei meine Hilfe in Anspruch, und ich übte mich gern in der Reimkunst und fand die Reime mit Leichtigkeit, doch hatten meine Verse sonderbarerweise immer eine humoristische Färbung; Fräulein Prizyn, für die die Verse meist bestimmt waren, verglich ich regelmäßig mit einer Zwiebel oder irgend-einem anderen Gartenprodukt.

„Was sind denn das für Verse?“ sagte Sjematschko zu mir — „das sind ja die reinen Schuhnägel!“

Um in keinem Punkte hinter den anderen zurückzubleiben, verliebte ich mich gleich ihnen in die Prizyn. Ich weiß nicht mehr, welchen Verlauf die Sache im einzelnen nahm, das Ende war jedenfalls nicht sehr schön. Auf dem grünen, fauligen Wasser des Sjewjessins Teiches schwamm eine Bohle herum, und ich machte der jungen Dame den Vorschlag, mit mir eine Lustpartie auf diesem fragwürdigen Wasserfahrzeug zu machen. Sie willigte ein, und ich lenkte das Brett, das mich allein ganz gut trug, ans Ufer hin. Als nun das Fräulein in seinem reich mit Spigen und Bändern verzierten Kleide grazios auf das andere Ende trat und ich stolz mit meinem Stöck vom Lande abstieß, kippte das verdammte Brett unter uns, und das Fräulein fiel in den Teich. Ich stürzte mich ritterlich hinter ihr in die Flut und zog sie ans Ufer. Die Schönheit meiner Dame aber hatte von dem Schreck und dem schmutzigen grünen Teichwasser arg gelitten.

(Fortsetzung folgt.)

Schloßgäste, sie stehen im Verhältnis des gerecht abgewogenen Gebens und Nehmens. Wer auf Eier zum Frühstück, auf Rehbraten, auf Schlagsahne rechnet, bleibe zu Hause; wen buntschwarze Leute betten und iserner oder emaillierte Wasserkrüge kränken, der möge sich ja nicht auf einen solchen Besuch einlassen. . . . Besonders hübsch würde sich ein solcher Festenaussflug (!) bei einer Familie mit heranwachsenden arbeitsfähigen Kindern gestalten. . . . Also die ganze Familie soll in den berücksichtigten, veranagten und verlaufenen Feiertagen, die oft schlechter als der herrschaftliche Pferdeshall sind, hausen. Diese elenden Massenquartiere schreien ja schon ländliche Erwerbsarbeiter. Und das mag man den städtischen Erholungsbedürftigen anbieten? Ein Spielverkehr mit der Jugend der Gutsbesitzer würde gewiß bald aufhören. . . . Welche Ehre! . . . Im übrigen sollen keinerlei gefällige Ansprüche gestellt werden. . . . Auch nicht von den gebildeten Städtern. Die Gutsbesitzer und ihr Anhang könnten sonst zu viel Bildung lernen. Und wenn nun nur ein paar „Rote“ unausgesehen sich einschmuggeln. . . . nicht zum Aussehen!

Endlich appelliert Marichen von Bunsen, nachdem sie auch mit der Naturliebe des Städters geködert hat, an den gesunden Menschenverstand. Ganz recht, der nüchterne Verstand wird den Nazarenern zurufen: Bleibt uns mit solchen sauberen Ausbentertöpfen vom Galle!

Proletarische Feiertunden

Sonntag, den 9. Juli, vormittags 10 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus eine Feiertunde statt unter Mitwirkung von Männerchören, dem Bläser-Orchester und dem Sprechchor. Eintrittskarten zu 750 M. sind zu haben in der Buchhandlung „Arbeit“, Breite Str. 8-9, in der Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule und an folgenden Stellen: Korde: Restaurant Parleben, Burdadorf-Ed. Widenowstraße; Restaurant Kroll, Albrecht Str. 21; Freizeitspedition Giltische, Panzerstr. 60; Expedition Lohmann, Puffenstr. 43; Expedition Wuhl, Choriner Str. 68; Restaurant Hoffmann, Ludener Str. 6. — Oken: Restaurant Wittschuh, Petersburger Str. 5; Zigarrengeschäft Dietrich Romintener Str. 46; Restaurant Vier, Raunigstr. 9. — Nordwesten: Restaurant Kaiser, Gorkostoffstraße. — Neukölln: Freizeitspedition Emier Str. 32, Redakt. 3 und bei den Funktionären.

Das Krankenhaus Hasenheide, welches vor 2½ Jahren von der Stadt Neukölln übernommen wurde und ursprünglich dazu bestimmt war, behufs Entlastung des Städtischen Krankenhauses Neuföhn in Rudow geneigte Kranke bis zu ihrer völligen Wiederherstellung sowie Kranke mit vorübergehender längerer Krankheitsdauer aufzunehmen, ist durch Beschluß des Bezirksamts Neuföhn zu einem offenen Krankenhaus umgewandelt worden und nimmt von jetzt ab Kranke selbständig und unmittelbar auf. Bestimmungen gemäß kommen für die Aufnahme nur Fälle von Tuberkulose aller Stadien ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts der Kranken, und zwar sowohl Fälle von Lungentuberkulose als auch Knochen- und Gelenktuberkulose in Frage. Die Aufnahmezeit ist aus Zweckmäßigkeitsgründen einwöchentlich auf die Stunden von 8 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachmittags an den Werktagen begrenzt; an Sonn- und Feiertagen findet eine Aufnahme nicht statt. Eine Ausnahme bilden jedoch dringliche Fälle, wie z. B. Lungenbluten, für welche eine Aufnahmemöglichkeit auch außerhalb der üblichen Aufnahmezeit gegeben ist.

Naturkundbestrebungen. Erstreckt sich die Bestrebungen im Gange, den Naturschutz als Volkssache zu propagieren und zu fördern. Berufene und bewährte Männer und Frauen rufen zur Gründung eines Volksbundes „Naturschutz“ auf und laden alle, die sich für die Natur interessieren, zu der am Mittwoch, den 21. Juni 1922, abends 7 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses stattfindenden Gründungsversammlung ein. Neben einer Ansprache des Herrn Dr. Potonie über die Notwendigkeit eines Naturschutzes als Volkssache wird Herr Dr. Klose in einem Lichtbildervortrag auf die Schönheiten und Werte der heimatischen Natur hinweisen. Der Eintritt ist frei. Der Volksbund „Naturschutz“ will sich einestheils zur Aufgabe machen, Aufklärung über die Zusammenhänge und das Erleben in der Natur zu schaffen, und zwar durch eine allen Mitgliedern zugängliche, naturwissenschaftliche Monatschrift, Abhaltung von Vorträgen und Exkursionen ins Freie, Museumsbesuche und Vermittlung von einschlägiger Literatur. Andernteils durch die Stellungnahme bei Behörden und Privatbesitzern gegen die immer mehr zunehmende Wald- und Grünflächenvernichtung, gegen bauliche oder anderweitige Verschandelung der heimatischen Natur.

Auf dem Friedhof vom Tode überläßt wurde gestern ein unbekannter Mann von etwa 40 bis 45 Jahren. Man fand ihn auf dem Friedhof der Heilandsgemeinde in der Jungferndiege bestattungsbefreiung und brachte ihn nach dem Krankenhause. Dort konnte aber der Arzt nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Der unbekannte Tote ist 1,68 Meter groß und unterlegt, hat grau meliertes Haar, im Oberkiefer keine Zähne und trug eine grauschwarze gestreifte Hose, ein graues Jackett ebensolcher Farbe mit weisbrockreistem Futter und dem Zeichen D. S. E. XIII, graue Strümpfe, schwarze Schuhe und einen grauen Hut.

Kindermorde? Die Leichen zweier neugeborener Mädchen wurden gestern auf der Spree gefischt, die eine am Plänterwald in Treptow, die andere an der Ruhheimischen Fabrik in Niederschönweide. Die erste zeigt am Kopfe Verletzungen, die auf einen gewaltsamen Tod schließen lassen. Sie wurde nach der Friedhofshalle an der Neuen Krugallee gebracht. Mangelnd wurde ein Stück Mandelkerntuch, in das die kleine Leiche wahrscheinlich einwickelt gewesen ist. Die zweite befand sich in einem verschärften Paket aus Packpapier. Meldungen zur Auffklärung nehmen die Treptower und die Oberschönweider Kriminalpolizei entgegen.

Unaltes oder Selbstmord? Auf dem Eisenbahngleise bei aufgefunden wurde heute morgen ein unbekannter Mann auf der Strecke Berlin-Rosen, ungefähr 800 Meter vom Bahnhof Mariendorf entfernt. Die Leiche war von den Rädern eines Wagens in zwei Teile zerschnitten.

Ein räuberischer Schwindler treibt seit einiger Zeit in Groß-Berlin sein Unwesen. Ein junger Mann in feilgrauer Uniform ohne Seitengewehr, der sich für einen Allergemitter-offizier fähig ausgibt und Befehlskarten auf diesen Namen ausgibt, sucht Tanz- und Klavierlehrer, Schwelgereime usw. auf, meldet seinen Obersten zum Tanzunterricht, sich selbst zum Klavierunterricht, seine Schwelger zur Aufnahme an, oder führt sich unter andern Vorwänden ein und ersahlt im Laufe der Unterhaltung, daß er von seinem Vater, der Gutsbesitzer sei, Kartoffeln und andere Lebensmittel bekommen habe, von denen er billig abgeben könne. Die vertrauensvollen Leute, die er dadurch noch sicher macht, daß er gleich Verträge mit ihnen abschließt, geben ihm das Dienstmädchen oder sonst jemanden mit, um die Waren holen zu lassen. Unterwegs schwindelt er den Beauftragten das Kaufgeld ab oder raubt es ihnen mit Gewalt und verschwindet mit der Beute. So überfällt und beraubt er erst gestern wieder ein Dienstmädchen auf der Treppe eines Hauses, in das er es hineingebannt hatte. Der gefährliche Gauner hat so Beiräte von 1000 M. und mehr erbeutet.

Gewerkschaftliches

Zum Verbandstag der Schuhmacher

(Fortsetzung des Berichtes)

Den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und die beiden vorliegenden ausführlichen Jahrbücher bespricht der Verbandsvorstand Genosse Simon. Im Anschluß hieran beschäftigte sich der Reichsrat mit der Anstellung von Betriebssekretären und verbreitete sich über den Reichslohntarif. Mit Zustimmung des Vorstandes wurden bereits zwei Betriebssekretäre angestellt, deren Tätigkeit als zufriedenstellend bemerkt wurde.

Zur Tarifbewegung wurde ausgeführt, daß für die Schuhindustrie vor einiger Zeit ein Reichstarif auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen wurde. Dagegen gelang es nicht, für die Schaharbeiter einen solchen zu tätigen.

Den Klassenbericht erstattete der Hauptkassierer Per. Das Vermögen der Hauptkasse und der Lokalkassen beträgt 18 Millionen, ein Betrag, der bei der jetzigen Geldentwertung als nicht ausreichend angesehen werden muß. Eine Stärkung des Verbandvermögens sei daher dringend erforderlich.

Im Anschluß hieran berichtet der Ausschussvorsitzende Haupt-Modgebung über interne Organisationsfragen.

Am 3. Verhandlungstage wurde der Vorstand beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß für die Kleinmeistergehilfen ein Reichstarifvertrag zustande kommt. Ein kommunikativer Antrag wurde abgelehnt, der die Verhältnisse unter Berücksichtigung der politischen Richtungen zum Inhalt hat.

Eine lebhafte Debatte entfaltete der Antrag 21: Der Verbandstag beauftragt den Hauptvorstand, beim ADGB darauf hinzuwirken, daß die zehn Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verwirklicht werden und die Resolution 22: Die Mitgliederversammlung vom 22. Februar 1922 protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die einseitige Einstellung der Eisenbahnbeamten. Sie verlangt, daß von den Vertretern unseres Verbandes an maßgebender Stelle und zur gegebenen Zeit diejenigen Maßnahmen unternommen werden, die eine Wiederholung unmöglich machen. Die Gegenstände der Richtungen treten in der Begründung und Diskussion scharf hervor, obwohl dann in beiden Fällen einstimmige Zustimmung erfolgte.

In der Begründung wurde ausgeführt, daß der ADGB Forderungen aufstelle, aber nicht willens sei, sie durchzuführen. Das Mittel des Generalkreises schreie scheinend den ADGB.

Franzer vom ADGB: Als seinerzeit Rapp-Püttwig in Berlin einzog, bestanden in der Spitze der Deutschen Gewerkschaften keinerlei Meinungsverschiedenheiten, und es wurde ohne Zögern zu der Waffe des Generalkreises gegriffen. Beim süddeutschen Metallarbeiterstreik war der ADGB nicht besorgt, zum Generalkreis aufzufordern. Wenn ihn sonst nichts abgehalten hätte, dann wäre es die Statuten allein gewesen.

Gen. Simon, Hauptvorstand: Die ewige Forderung nach dem Generalkreis ist falsch, denn die Stimmung der Arbeiter ist nicht so, daß die jederzeit bereit wären, auf dieser Waffe zu greifen. Nur wenn die

Lebensinteressen der Arbeiterklasse

auf dem Spiele stehen, ist es möglich, einen erfolgreichen Generalkreis zu führen. Auch ich bin der Meinung, daß der ADGB nicht immer entschieden genug austritt, das sage ich nicht nur hier, sondern auch in dessen Sitzungen, wobei ich mit aller Energie meine Auffassung vertrat. Was haben aber die Kommunisten zum Beispiel beim Rapp-Püttwig? Als der Generalkreis proklamiert war, haben sie in Berlin Plakate anbringen lassen, auf denen in großen Lettern zu lesen war, der Generalkreis sei Verrat an der Arbeiterklasse! Erst als die Arbeiter der Parole Folge leisteten, schwankte die SPD ein. Als er abgehoben wurde, wurde wieder von Verrat geredet. In einem Generalkreis kann man nur greifen, wenn erreichbare Ziele vorhanden sind. Diese müssen in kurzer Zeit erlangt sein, denn lange kann ein solcher Streik nicht dauern, oder er bricht zusammen. Der politische Streik ist nur möglich, wenn alle drei Parteien unter einen Hut zu bringen sind. Die Kommunisten hinterziehen das in der Regel durch Aufstellung unerfüllbarer und unerreichbarer Forderungen, sie stellen sich dann leistungsfähig und schimpfen über den Verrat der anderen.

Der

Rampj um den Sozialismus

ist ein langwieriger Prozeß, und er kann nur international geführt werden. Einzelne Länder können nur Teile der Produktion vergesellschaften, eine Weltsozialisierung, das beweist Rußland, ist dem einzelnen Staat unmöglich. Dazu sind die weltwirtschaftlichen Beziehungen zu eng. Studium der wirtschaftlichen Probleme der Gewerkschafts- und sozialistischen Bewegung würde manchen der Redner veranlassen, nicht hemmungslös Schlagworte in die Massen hinauszumerfen. Das hätte den Vorteil, daß die Diskussion von mehr Verstand als Gefühl geleitet würde.

Zum Verbandstag der Brauer und Müller

In Fortsetzung des 21. Verbandstages der Brauer- und Mühlenarbeiter setzte am zweiten Tage die Diskussion über den Geschäftsbericht und über die Verschmelzungsjahre ein. Für die wirtschaftliche und fachliche Ausbildung der Betriebsräte tritt Baumann-Weipitz ein. Er läßt weiter Kritik an der Haltung der Betriebsrätezeitung. Für die Durchführung der zehn Punkte hätte seiner Meinung nach der ADGB zu wenig getan. Die folgenden Diskussionen wenden sich gegen den Radikalismus innerhalb der Organisation und verlangen, daß jegliche Parteipolitik aus den Gewerkschaften zu verschwinden habe. Die Betriebsräte sollen nicht untergeordnet, sondern in die Verbandsorganisation eingebunden werden. Geprüft wurde auch, daß der Verband in der Beitragsfrage sehr zurückbleibe, so daß die Organisationsfähigkeit Schaden erleide. Verlangt wurde ferner, daß die auf Grund des Betriebsrätegesetzes geschaffenen Institutionen und die Literatur über das Schlichtungsverfahren mehr beachtet werden sollen. Reinhold-Königsberg verlangt, daß für die Provinz Chpreußen mehr geleistet werden solle. Die Tätigkeit des Verbandes wird nunmehr Landbinder-München in Schuß.

Der Vorsitzende Badert geht in seinem Schlußwort auf die einzelnen kritischen Punkte ein. Die Frage des Lebens- und Genusmittelindustrieverbandes wird auf Grund eines Beschlusses dem Verbandsvorstand als Material überwiesen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Delegierten zum Gewerkschaftskongreß verpflichtet, für die

Generalisierung der Organisationen zu Industrie-verbänden.

und zwar nach dem Schema der Betriebsrätezentrale, einzutreten. Einmütig wurde dem Verbandsvorstand, dem Verbandsausschuß und dem Redaktions Ausschuss eine

Der dritte Verhandlungstag beschäftigte sich mit der Beschlusfrage, Unterfraktionen und mit Statutenänderungen. Badert hält zunächst ein längeres Referat über den vorgelegten Entwurf, der zum Inhalt hat, den Verband finanziell zu stärken. In der hieran sich anschließenden Diskussion wurde das für und Wider einer mehr oder minder starken Beitragserhöhung erwoogen. In geschlossener Sitzung beschäftigte sich dann die Logung mit Lohnbewegungen, Streiks und Lohnpolitik. Badert hielt das einleitende Referat. Zustimmung angenommen wurden die vom Hauptvorstand vorgelegten Beschlüsse. Beschlössen wurde, der Internationale der Lebens- und Genussmittelarbeiter beizutreten, die ihren nächsten Kongreß im Jahre 1927 in Brüssel abhalten wird.

Betriebsräte

Um die Erfassung sämtlicher in die Betriebsräte delegierten Betriebsräte zu ermöglichen, damit sie eingehend mit ihren Aufgaben vertraut gemacht werden können, fordern wir umgehend die Zusendung der Adressen der gewählten und der in Aussicht genommenen B. R.-Ausschüsse und der in Aussicht genommenen B. R.-Ausschüsse, unter Beantwortung folgender Fragen: 1. Industriegruppe, 2. Genaue Adresse des Betriebes, 3. Adresse der Kollegen und 4. Name der Organisation, welcher die einzelnen Kollegen angehören.

Wir fordern dringend die gesamten Betriebsräte und die Delegierten auf, dafür Sorge zu tragen, das uns bis spätestens Sonnabend, den 24. d. M., diese Mitteilungen zu geben. — Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbereich Groß-Berlin, Engelauer 24/25, 2. Hof I.

Buchbinder. An die Delegierten zur Generalversammlung! Heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 25, Fortsetzung der Generalversammlung, Tagesordnung: 1. Aussprache über die Berichtskartelle vom Verbandstag, 2. Erledigung der Anträge, 3. Auffstellung der Kandidaten zum Beirat und Wahl des Tarifausföhrungsmittels. Es ist Pflicht der Delegierten, vollständig und pünktlich zu erscheinen! Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet! Die Erdoberwahrung!

U.S.P.-Transportarbeiter. Dienstag, 7 Uhr, Schulaula, Staßfurterstraße, Fortsetzung der Fraktionssitzung, Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandstag, U.S.P.-Funktionäre und Mitglieder des Transportarbeiter-Verbandes müssen erscheinen.

Gewerkschaftskommission Steglitz. Donnerstag, abends 7½ Uhr, im Gymnasium Steglitz, Hefestraße, Gewerkschaftsversammlung, Tagesordnung: Das neue Arbeitsrecht, Ref. Gen. Burgemeister. Alle Funktionäre sowie Betriebsräte müssen erscheinen. Gewerkschaftskollegen haben Zutritt.

Parteiveranstaltungen

Stellkommission. Die Sitzung am Mittwoch muß wegen der wichtigen Tagesordnung unbedingt zum 7 Uhr beginnen.

10. Diktat. 2. Vorlesung. Abends zum Diktatstempelwerk am 28. Juni, 8 Uhr, im Saal des Deutschen Arbeitervereins, Götterstr. 10, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.

Dienstag, den 20. Juni.

13. Verbandsabstimmung. (Tempelhof, Marienfeld, Marienfelder, Stiegenstraße.) Abends 7½ Uhr im Rathaus Marienfeld, Zimmer 26, Reichsausschuß für die berufliche Fortbildung der Arbeiter, 16, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.

Mittwoch, den 21. Juni.

4. Verbandsabstimmung. Abends 6 Uhr Reichsausschuss für die berufliche Fortbildung der Arbeiter, 16, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.

6. Diktat. Abends 7 Uhr Sitzung der U.S.P.-Funktionäre und Mitglieder des Transportarbeiter-Verbandes, 7 Uhr, im Saal des Deutschen Arbeitervereins, Götterstr. 10, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.

7. Diktat. Abends 7 Uhr Diktatstempelwerk am 28. Juni, 8 Uhr, im Saal des Deutschen Arbeitervereins, Götterstr. 10, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.

10. Diktat. Abends 7 Uhr Diktatstempelwerk am 28. Juni, 8 Uhr, im Saal des Deutschen Arbeitervereins, Götterstr. 10, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.

Freitag, den 23. Juni.

10. Diktat. Abends 7 Uhr Diktatstempelwerk am 28. Juni, 8 Uhr, im Saal des Deutschen Arbeitervereins, Götterstr. 10, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.

Sonntag, den 25. Juni.

10. Diktat. Abends 7 Uhr Diktatstempelwerk am 28. Juni, 8 Uhr, im Saal des Deutschen Arbeitervereins, Götterstr. 10, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.

ArbeiterSport

Spottfest der freien Turnerschaft Groß-Berlin. Im Schöneberger Stadtpark (Domplatz-Sportplatz) mit seiner 900-Meter-Rundbahn und den 60 notwendigen Klößen für Leichtathletik und Spießball am Sonntag, den 25. Juni, 10 Uhr, im Saal des Deutschen Arbeitervereins, Götterstr. 10, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.

10. Diktat. Abends 7 Uhr Diktatstempelwerk am 28. Juni, 8 Uhr, im Saal des Deutschen Arbeitervereins, Götterstr. 10, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.

10. Diktat. Abends 7 Uhr Diktatstempelwerk am 28. Juni, 8 Uhr, im Saal des Deutschen Arbeitervereins, Götterstr. 10, zu haben, Beitrag 4 Mark, an der Kasse 5 Mark.